BUNDESPOLIZEI kompakt

Zeitschrift der Bundespolizei
ISSN 2190-6718

40. Jahrgang
6-2013

Gleich. Ähnlich. Anders.

Vielfalt als Chance

In- & Ausland
Die Polizei beim Deutschen Bundestag
Seite 18

Personal & Haushalt
Der Umgang mit behinderten Menschen
Seite 22

Technik & Logistik
PIKUS ade! Das neue Einsatzleitstellensystem
Seite 41

Inhalt

Foto: Bundespolizei

25 Jahre BFHu

Von der Festnahme gewalttätiger Störer bei einer Demonstration bis hin zur Vollstreckung von Durchsuchungsbeschlüssen in der organisierten Kriminalität: unverzichtbare Spezialkräfte – nicht nur für die Bundespolizei

Seite 13

Foto: Bundespolizei

Portrait: Jeanette Streithoff

Als 6-Jährige sah sie zum ersten Mal einen Wettkampf der rhythmischen Sportgymnastik, heute ist sie zehnfache Deutsche Meisterin: Jeanette Streithoff. Mit Ehrgeiz und Disziplin kombiniert sie Schicht- und Trainingsplan.

Seite 28

Foto: Ulf Brückner

Die Bundespolizei und das Geocaching

Schätzungsweise sechs Millionen Menschen suchen weltweit Caches über GPS-Koordinaten – Tendenz steigend. Vom ersten Geocache-Event einer deutschen Polizeibehörde und dem Gewinn für die Präventionsarbeit der Bundespolizei.

Seite 34

Titelthema
Vielfalt als Chance begreifen . . . 4
Kommentar 12

In- & Ausland
BFHu: Konsequent seit 25 Jahren 13
Die Außenansicht (1). 17
Die Parlamentspolizei 18

Personal & Haushalt
Wenn der Schein trügt 22
5 Fragen an 25
Weihnachtsgruß 26

Portrait
Die grazile Polizistin 28
Die Außenansicht (2). 30

Recht & Wissen
Haus des Jugendrechts Trier. . . 31
Vom Handyklau bis zur Sozialstunde. 33

Sport & Gesundheit
Die Bundespolizei und das Geocaching 34
Zwischen den Feiertagen „in Form bleiben“ 38

Technik & Logistik
PIKUS ade! 41

Leserbriefe
. 44

Zu guter Letzt
Schlafsäcke für Bedürftige und Wohnungslose 46
„Zentraler Wissenspunkt“ der Bundespolizei gestartet. 47

Impressum

Herausgeber
Bundespolizeipräsidium

Redaktion
Ivo Priebe (V.i.S.d.P.),
Anja Voss, Marcus Bindermann,
Fabian Hüppe, Maik Lewerenz,
Nathalie Lumpé, Ines Rabe, Rudolf Höser,
Daniela Scholz, Ulrike Wulf, Kurt Lachnit,
Torsten Tiedemann, Thomas Borowik,
Thorsten Völlmecke, Frank Riedel,
Christian Altenhofen, Torsten Tamm

Anschrift
Heinrich-Mann-Allee 103
14473 Potsdam

Telefon
0331 97997-9405

Telefax
0331 97997-9411

E-Mail
redaktion.kompakt@polizei.bund.de

Intranet Bundespolizei
kompakt.polizei.bund.de

Internet
bundespolizei.de/kompakt

Layout & Satz
Mandy Deborah Zutz,
Fachinformations- und Medienstelle
der Bundespolizei

Druck
Bonifatius GmbH, Paderborn

Auflage
10600

Erscheinung
6-mal jährlich

Wir danken allen Beteiligten für ihre Mitarbeit. Für den Inhalt der Beiträge sind grundsätzlich die Verfasser verantwortlich.

Alle Inhalte sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck und Vervielfältigung außerhalb der Bundespolizei nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Herausgebers. Dies gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und die Vervielfältigung auf Datenträgern. Die Redaktion behält sich vor, Beiträge und Leserbriefe zu kürzen.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe
16. Oktober 2013

Titelbild
Ralf Werner, openeyeffm.de

Liebe Leserinnen und Leser,

in meiner täglichen Aufgabenwahrnehmung im Bereich der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, aber auch bei der Redaktionsarbeit der kompakt, erlebe ich sie alle innerhalb der Bundespolizei:

Frauen, Männer, Jungs, Mädels, Kleine, Große, Dünne, Kräftige, Attraktive, noch Attraktivere, Heterosexuelle, Homosexuelle, Ostler, Südler, Westler, Nordler, Kranke, Gesunde, Tätowierte, Langhaarige, Kurzhaarige, helle Hauttypen, dunkle Hauttypen, mit Migrationshintergrund, ohne Migrationshintergrund, blonde Haare, dunkle Haare, lilafarbene Haare, rote Haare, Reiche, Arme, Liberale, Konservative, Linke, Adlige, Bürgerliche, Katholiken, Protestanten, Muslime, Buddhisten, Agnostiker, Atheisten, Vegetarier, Veganer, Fleischesser …

Vor dem Hintergrund dieser Aufzählung halte ich es für mindestens fragwürdig, uns immer wieder kulturelle oder institutionelle Ressentiments gegenüber bestimmten Gruppen zu unterstellen.

Nicht nur deshalb widmen wir das diesmalige Titelthema der Vielfalt in der Bundespolizei, wobei der Schwerpunkt auf der interkulturellen Kompetenz liegt. Der Autor erläutert hierzu nicht nur den Sachstand und das Erfordernis interkultureller Kompetenz. Auch direkt betroffene Angehörige unserer Organisation schildern unverblümt und authentisch ihre Erfahrungen.

Natürlich möchte ich es nicht versäumen, Ihnen und Ihren Lieben in der letzten Ausgabe des Jahres – auch im Namen der ganzen Redaktion – eine besinnliche Weihnachtszeit und für 2014 alles erdenklich Gute zu wünschen.

Ihr Ivo Priebe
Redaktion Bundespolizei kompakt

Foto: Bundespolizei

Vielfalt als Chance begreifen – was kann interkulturelle Kompetenz leisten?

Das Thema interkulturelle Kompetenz gewinnt seit einigen Jahren an Bedeutung. Der Anteil an Migrantinnen und Migranten in der Bundespolizei wächst. Gleichzeitig wird die Aufgabenwahrnehmung zunehmend kritisch hinterfragt.

Mittwoch, 9. Juni 2005: In Nürnberg treffen sich mehr als 40 Führungskräfte des dortigen Polizeipräsidiums zu einem Seminar. Das Vortragsthema lautet: Interkulturelle Kompetenz für die Polizei. Die Nürnberger Kollegen bereiten sich auf die Fußball-WM 2006 vor, denn auch in Nürnberg wird ein Spiel stattfinden. Die Referenten: Ein Trainer für interkulturelle Kompetenz der Bundespolizei Flughafen Frankfurt/Main und ein Bildungsreferent von der evangelischen Kirche. Doch plötzlich kommt Unruhe auf; mehr als die Hälfte der Zuhörer verlässt den Raum. Die Aufmerksamkeit für das Thema ist verflogen. Die Referenten sind irritiert. Später wird man den beiden Ausbildern sagen, dass der türkische Inhaber eines Dönerkebabimbisses erschossen wurde. Die Ringfahndung läuft auf Hochtouren. Die Hinweise

gehen in Richtung Schutzgelderpressung oder Drogengeschäfte und die Tat steht angeblich vielleicht sogar im Zusammenhang mit organisierter Kriminalität unter Migranten …

Sieben Jahre später bekommt diese Geschichte von Nürnberg eine völlig andere Dimension und eine neue Richtung. Der Mord am türkischen Imbissbesitzer war der vierte Fall in der Mordserie der Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) in Deutschland – begründet auf rechtsextremer Schwerstkriminalität. Im August 2013 ist der Bundestagsuntersuchungssauschuss zu diesem Thema beendet und stellt „erhebliche Fehler und Versäumnisse“[1] der deutschen Sicherheitsbehörden fest. Parteiübergreifend und einhellig wird eine stärkere Ausprägung der Aus- und Fortbildungsmaßnahmen im Bereich der interkulturellen Kompetenz von Polizeibeamten in Deutschland gefordert.

Die Bundespolizei hat sich schon sehr früh mit diesem Thema beschäftigt. Allein aus ihrer Aufgabenstellung heraus ergeben sich insbesondere für die Kolleginnen und Kollegen, die mit grenzpolizeilichen Tätigkeiten betraut sind und/oder an internationalen Einsätzen teilnehmen, viele Gründe, sich näher mit anderen Kulturen und – damit eng verbunden – anderen Wertvorstellungen auseinanderzusetzen. Interkulturelle Kompetenz ist daher längst fester Bestandteil der Ausbildung in allen drei Polizeilaufbahnen der Bundespolizei. Auch der Fortbildungskatalog der Bundespolizeiakademie in Lübeck sieht jährlich verschiedene Veranstaltungen zur Steigerung der interkulturellen Kompetenz vor.

Ergänzend zu den zentralen Fortbildungsangeboten existieren in der Bundespolizei vielfältige dienststelleninterne Maßnahmen, die die Sensibilität gegenüber kulturellen Besonderheiten fördern. Bemerkenswert ist an dieser Stelle das umfangreiche Angebot und erfolgreiche Engagement der Bundespolizeidirektion Flughafen Frankfurt/Main. Dort wurde insbesondere das Fortbildungsangebot zur Steigerung der sozialen Kompetenz ausgebaut. Bestandteile des Weiterbildungsangebots sind die jeweils einwöchigen Grund-, Stress- und Kommunikationsmodule.

Die Seminarreihe wird seit 1999 angeboten und bis heute stetig ausgebaut – mit mittlerweile bis zu 15 Seminaren im Jahr. Die Seminare wurden bislang von insgesamt etwa 2 200 Polizisten besucht. Aufgrund der Personalfluktuation und neuer Themenfelder besteht immer wieder Bedarf.

Interkulturelle Kompetenz – was verbirgt sich dahinter?

Interkulturelle Kompetenz ist die Fähigkeit, mit Menschen, die über andere kulturelle Hintergründe verfügen, umzugehen, zusammenzuarbeiten und ebenengerecht zu kommunizieren. Wichtig sind dabei vor allem die emotionale Kompetenz und die interkulturelle Sensibilität, die es erlauben, die Konzepte der Wahrnehmung, des Denkens, Fühlens und Handelns anderer Kulturen bei unserem Handeln zu berücksichtigen. Das heißt:
Die eigenen Erfahrungen der interkulturell kompetenten Person werden in diesem Moment zurückgestellt, und es muss die Bereitschaft entstehen, Stereotype und Vorurteile zu revidieren. Zudem muss der Wunsch gestärkt werden, Neues zu erlernen. Beispielsweise kann ein Muslim zurückweisend, wenn nicht sogar ängstlich oder mit einem Ekelgefühl auf die Berührung mit einem Hund reagieren. Um eine solche Situation richtig deuten zu können, benötigt man die Fähigkeit, die eigene kulturelle „Brille“

Foto: Bundespolizei

Interkulturelle Kompetenz ist Bestandteil der Aus- und Fortbildung in der Bundespolizei.

Fortbildungsangebot der Bundespolizeiakademie mit Lehrinhalten zur interkulturellen Kompetenz

- Seminar Einsatzrecht
- Seminar Präventive und repressive Eingriffsbefugnisse der Bundespolizei
- Seminar Politisch motivierte Kriminalität
- Seminar Polizei und Fremde
- Seminar Globalisierung und Polizei
- Seminar Politische Bildung für Führungskräfte

Allein aus der Aufgabenstellung bei internationalen Einsätzen ergeben sich viele Gründe, sich näher mit anderen Kulturen und anderen Wertvorstellungen zu beschäftigen.

Foto: Daniel Nedwed

abzusetzen und zu respektieren, dass die beschriebene Reaktion darin gründen könnte, dass Hunde im Islam als „unreine“ Tiere gelten.

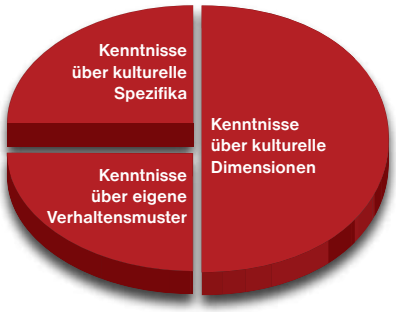
Mehr Kenntnisse über die eigene Kultur erlangen

Entscheidend bei den Trainings zur interkulturellen Kompetenz ist die Bewusstmachung der eigenen kulturellen Identität. Viele Seminarteilnehmer wundern sich darüber, dass dies zunächst im Vordergrund der Schulungen steht – wo es doch eigentlich um die Sensibilisierung für andere Kulturen gehen sollte. Aber die Erfahrung hat gelehrt, dass es sehr wichtig ist, die Teilnehmenden zunächst auf ihre eigene „kulturelle Brille“ aufmerksam zu machen. Dabei geht es um die Bewusstmachung einer kulturgeprägten Wahrnehmung der Dinge, die in den meisten westlich orientierten Ländern und Gesellschaften von Individualismus durchsetzt ist. Somit ist die Darstellung der wesentlichen kulturellen Unterschiede zwischen den „Welten“, die auf der einen Seite mehr kollektivistisch ausgeprägt sind und im hiesigen Kulturkreis stärker zum Individualismus tendiert, maßgeblich für unser Handeln, unsere Werte sowie die daraus erfolgte Kommunikation und der Umgang mit Menschen aus anderen Kulturen.

Die Konfrontation der verschiedenen Wertvorstellungen und die Einstellung der Menschen zueinander bilden meist die Hauptursache für interkulturelle Konflikte. Ein Beispiel: Die Identitätsfeststellung durch die Bundespolizei bei einem jungen Muslim, der mit seiner Freundin reist und von Sicherheitskräften der Deutschen Bahn AG beim „Schwarzfahren“ erwischt worden ist. Häufig eskalieren solche Situationen und die Person wehrt sich gegen die Maßnahmen, gibt Widerworte oder beleidigt die Beamten sogar. Hinterher auf der Wache – dann ohne weibliche Begleitung – sagen viele Betroffene: „Sorry, Jungs, aber ich konnte nicht anders handeln, ich musste mein Gesicht wahren; schließlich war doch meine Freundin dabei.“

So ein Fall kommt häufig vor und zeigt deutlich, wie schnell Situationen eskalieren können und welche Rolle dabei ein interkultureller Hintergrund spielen kann.

Im Wesentlichen sind es drei Hauptkomponenten, die bei interkulturellen Fortbildungen thematisiert werden sollten (siehe Diagramm); die Förderung der polizeilichen Sprachkompetenz ergänzt diese Fortbildungen.



Interkulturelle Kompetenz hilft bei der Lagebeurteilung

Interkulturelle Kompetenz ist bei vielen polizeilichen Angelegenheiten bedeutsam. Die wachsende Zahl von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland – verbunden mit der Aufgabenstellung der Bundespolizei im internationalen Engagement und bei der Wahrnehmung grenzpolizeilicher Aufgaben – weist darauf hin, dass das Thema weiterhin im Blick zu behalten ist. Auch im Bereich Kriminalitätsbekämpfung und im Hinblick auf die Spezialverwendungen der GSG 9 sind entsprechende fundierte Kenntnisse wichtig.

Das Racial oder Ethnic Profiling

Es ist ein klassisches Dilemma, in dem die Bundespolizei bei dieser Thematik steckt: Der gesetzliche Auftrag besteht in der Bekämpfung der irregulären Migration nach Deutschland. Die relevanten Straftaten können „per se“ nicht von deutschen Staatsangehörigen begangen werden. Wie aber sind hier die Ansätze zu leisten? Ein Diskriminierungsverbot ist allen Angehörigen in der Organisation bekannt und wird beachtet. Doch es ist schwierig, in einem Land mit vielen Einwanderern differenziert die Befragungen nach § 22 und die Kontrollen nach § 23 Bundespolizeigesetz (BPolG) durchzuführen; auch wenn alle Bundespolizisten rechtlich und in ihrer Kommunikationskompetenz gut geschult sind und um die Problematik wissen. Insbesondere die Eingriffe nach § 22 des Bundespolizeigesetzes werden in den Medien seit einigen Monaten kritisch hinterfragt. Für viele Bundespolizisten ist es schwer auszuhalten, mit welchen Vorwürfen sie derzeit in den Medien konfrontiert werden. Viele Kolleginnen und Kollegen haben Ehepartner mit Migrationshintergrund. Viele waren Wochen, Monate oder gar Jahre im internationalen Einsatz in Asien, Afrika oder einem anderen Land. Sie haben Freunde mit Migrationshintergrund und durch ihre beruflichen Erfahrungen mit vielen Kontakten zu anderen Kulturkreisen haben sie – sofern diese überhaupt vorhanden gewesen sein sollten – ohnehin eher Vorurteile ab- als aufgebaut.

Die Zahlen des Bundespolizeipräsidiums zeigen zudem ein völlig anderes Bild von den tatsächlichen „angeblichen“ Problemen des sogenannten „Racial“ oder „Ethnic Profiling“. Im Zeitraum von 2009 bis Mitte 2013 wurden mehr als 16 Millionen lageabhängige Befragungen und Kontrollen durchgeführt. Dabei

kam es insgesamt zu 113 Beschwerden, bei denen eine Diskriminierung beklagt wurde. Das entspricht einem Anteil von 0,0007 Prozent. Fast alle Beschwerden stellten sich als unbegründet heraus.

Foto: Christian Skerbic

Personenkontrolle als klassisches Dilemma? Bekämpfung der irregulären Migration versus Diskriminierungsverbot.

Migranten im Polizeidienst

Interkultureller Kompetenz bedarf es aber auch im Umgang mit Migrantinnen und Migranten innerhalb der Polizei: 800 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben einen Migrationshintergrund. Wenn man die Gesamtpersonalzahl von etwas mehr als 40 000 Bediensteten zugrunde legt, ist ihr Anteil im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung jedoch zu gering: Immerhin hat in Deutschland fast jeder zweite Heranwachsende bereits einen Migrationshintergrund. Das heißt, dass die demografische Entwicklung längerfristig dazu führen wird, dass künftig weitaus mehr Menschen mit anderen kulturellen Hintergründen bei der Bundespolizei arbeiten werden. So lange aber noch innerhalb der Organisation ein Minderheitsstatus besteht, sind bestimmte Mechanismen, wie zum Beispiel der sogenannte Token-Status (siehe Infokasten), und zum Teil auch mögliche Konflikte mit anderen Kollegen oder Vorgesetzten nicht ausgeschlossen. Auch hierbei dient die Förderung der interkulturellen Kompetenz als wichtiger Präventionsfaktor, mit dem mögliche Konflikte innerhalb der Mitarbeiterschaft minimiert oder sogar vermieden werden können.

Seit Anfang 2010 hat die Bundespolizei auf Initiative des Bundesministeriums des Innern ihre Bemühungen zur Gewinnung von Bewerberinnen und Bewerbern mit Migrationshintergrund deutlich verstärkt. In der Bundespolizeidirektion Flughafen Frankfurt/Main und der Bundespolizeidirektion München wurden jeweils Projekte initiiert, die folgende Ziele verfolgen: Nachwuchs mit Migrationshintergrund gewinnen, Image der Vielfalt positionieren, Integration durch Netzwerke fördern und interkulturelle Kompetenz ausbauen und weitergeben.

Im Rahmen dieser Projekte kooperiert die Bundespolizei mit den vor Ort für Integration zuständigen Einrichtungen und ausgewählten Schulen, die einen besonders hohen Anteil an Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund haben. Zugleich wurden die Werbemaßnahmen regional und medial verstärkt.

Token-Status

Dieser beschreibt Minderheiten in Organisationen, deren Anzahl nur einen Anteil von höchstens 15 Prozent aller Beschäftigten ausmacht. Für die Bundespolizei gilt das neben Migranten auch für Frauen im Polizeivollzugsdienst. Diese Minderheiten fühlen sich häufig allein durch ihre Zugehörigkeit zu einer Minderheit besonders beobachtet, was bei ihnen vielfach zu einem größeren Erfolgsdruck führt. Oft entsteht bei ihnen aber auch der Eindruck, dass sie ihren Platz in der Organisation nur aufgrund von „Quotenvorgaben“ beziehungsweise aus Gründen der „politischen Korrektheit“ innehaben.

Welche verschiedenen Erfahrungen Kollegen mit Migrationshintergrund in ihrem täglichen Dienst gemacht haben, lesen Sie auf den kommenden Seiten.

Ausblick in die Zukunft

Wichtig ist, die Thematik Interkulturalität nicht als Problem anzusehen. Wer erkannt hat, dass wir zunächst immer die eigene „kulturelle Brille“ aufhaben und unter ethnozentrischem Blickpunkt gewisse Dinge bewerten, hat schon viel erreicht. Wer darüber hinaus noch die Chance sieht, die durch die Vielfalt der Menschen in der Bundespolizei entsteht, und sie auch nutzt, der wird künftig einen Schritt weiter sein als andere.

Wie schwerwiegend die Folgen eines vermeintlich eingeschränkten Blickes sein können, haben wir alle leider auf dramatische Weise erst kürzlich bei den Ermittlungen zum „Nationalsozialistischen Untergrund“ erfahren müssen. Jetzt gilt es, die Konsequenzen zu ziehen, und auch die Bundespolizei wird in den kommenden Jahren ihr Augenmerk verstärkt auf diese Gesamtproblematik legen müssen. Die Grundrichtung und Bereitschaft ist in der Organisation erkennbar. Wenn insbesondere die Führungskräfte – zum Beispiel auch einmal durch die Teilnahme an einer entsprechenden Fortbildung – vorangehen, ist schon viel erreicht.

Wir können nur erfolgreich sein, wenn wir die vorhandene Vielfalt erkennen und nutzen. Das betrifft die Vielfalt bei unserem Personal und die vielfältigen Bedürfnisse der Adressaten unserer Maßnahmen. Die Vielfalt der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit ihren unterschiedlichen Fähigkeiten und Talenten eröffnet Chancen für innovative und kreative Lösungen. Entsprechende Fortbildungen im Bereich der interkulturellen Kompetenz unterstützen diesen wichtigen Prozess – auch im täglichen Polizeidienst sowie bei Ermittlungen.

Reza Ahmari

[1] *Beschlussempfehlung und Bericht des 2. Untersuchungsausschusses „NSU-Untersuchungsausschuss“ vom 22. August 2013, Bundestagsdrucksache 17/14600, S. 872*

Reza Ahmari (45) leitet die Pressestelle der Bundespolizeidirektion Koblenz. Seit mehr als zehn Jahren ist er Trainer für interkulturelle Kompetenz. Die Mutter unseres Autors ist gebürtige Deutsche, sein Vater Iraner, der vor 55 Jahren nach Deutschland eingewandert ist.

Foto: Rudolf Höser

„In meiner 27-jährigen Dienstzeit hatte ich noch nie ein negatives Erlebnis.“

Foto: Michael Dippel

Name:
Michael Göbig

Alter:
44 Jahre

Herkunft:
Puerto Rico/USA

Dienststelle:
Bundespolizeidirektion Flughafen Frankfurt/Main

Sollte die Bundespolizei den Anteil von Migranten in der Organisation aus Ihrer Sicht erhöhen und wenn ja weshalb?

„Ein ganz klares ‚Ja‘. Ich sehe hier im Vordergrund noch nicht mal das sprachliche und interkulturelle Potenzial, sondern die eigentlich überflüssige Unterscheidung. Es kommt doch auf den Kollegen als Menschen an und nicht auf seine Abstammung. Sicherlich gibt es immer wieder Situationen, in denen das polizeiliche Gegenüber viel entspannter wird, weil man selber offenbar dieselbe Nationalität hat, aber im Grunde verfolgen wir alle doch einen gesetzlichen Auftrag.

Ich selbst spreche, neben Englisch natürlich, ein wenig Spanisch und merke immer wieder, wie erleichtert Reisende sind, wenn man sie versteht und mit ihnen in ihrer eigenen Sprache kommunizieren kann.

Am Anfang meiner Ausbildung hatte ich aufgrund meiner Abstammung schon Bedenken, aber ich muss zugeben, diese Bedenken waren völlig unnötig und ich hatte innerhalb meiner 27-jährigen Dienstzeit noch nie ein negatives Erlebnis.

Lustige Ereignisse gab es da schon eher. Da waren zum Beispiel mal zwei ältere Damen, die ich während der Passkontrolle kontrollierte und mit denen ich mich unterhielt. Am Ende der Kontrolle meinte die eine Dame dann: ‚Der Polizist spricht aber ein gutes Deutsch!‘

Da wir als Bundespolizei nicht nur Kontakt mit internationalen Reisenden haben, sondern selbst eine multikulturelle Gesellschaft sind, sollten wir dies als Selbstverständnis widerspiegeln und jeden Kollegen sehen, wie er ist – als Individuum.“

Foto: Bundespolizei

Name:
Amanda Hoxholli

Alter:
25 Jahre

Herkunft:
Albanien

Dienststelle:
Bundespolizeiaus- und -fortbildungszentrum Walsrode, Polizeiärztlicher Dienst

„Es kommt schon häufiger vor, dass ich nach meiner Herkunft gefragt werde.“

Werden Sie von Ihren Kolleginnen und Kollegen häufig nach Ihrem Migrationshintergrund gefragt und wie empfinden Sie diese Fragen?

„Es kommt schon häufiger vor, dass ich nach meiner ursprünglichen Herkunft gefragt werde. Viele begründen ihre Frage mit meinem ‚außergewöhnlichen' Nachnamen. Wo der wohl herkomme? Bisher ist mir im Dienst noch niemand, der mich nach meinem Migrationshintergrund gefragt hat, unhöflich oder gar rassistisch vorgekommen. Im Gegenteil. Ich hatte immer das Gefühl, dass ich aus reiner Neugierde bezüglich meines Nachnamens, meines Aussehens und Auftretens gefragt werde, da wohl wenige mein Herkunftsland gut kennen und wenige von ihnen Bekannte oder Freunde aus Albanien haben und mich von daher schlecht einordnen können. Mich persönlich stört es nicht, wenn ich auf meinen Migrationshintergrund angesprochen werde, da ich stolz auf meine Herkunft bin, genauso wie ich stolz darauf bin, in Deutschland zu leben und auf das, was meine Familie und ich hier erreicht haben.“

„Ich wurde wegen meines belgischen Kennzeichens kontrolliert.“

Foto: Bundespolizei

Name:
Christophe Sourbron

Alter:
45 Jahre

Herkunft:
Belgien

Dienststelle:
Sicherungswache GSG 9 der Bundespolizei

„Auf dem Weg zur Arbeit (Bundespolizei Sankt Augustin) wurde ich bei einer Routinekontrolle von der Landespolizei angehalten. Bei Nachfrage, warum ich angehalten wurde, sagten die Beamten, dass sie mich wegen des belgischen Kennzeichens angehalten hätten, mit der Begründung, dass an jedem Wochenende in der Nähe ein Automarkt stattfindet und viel Hehlerei betrieben wird.“

„In der Arbeit spielen meine griechischen Wurzeln überhaupt keine Rolle.“

Sind Sie persönlich im Zusammenhang mit Ihrem Migrationshintergrund schon beleidigt oder benachteiligt worden? Was war da passiert?

„Nach Deutschland bin ich mit acht Jahren gekommen. Seitdem habe ich kein einziges Mal Nachteile im Zusammenhang mit meiner Herkunft erfahren. Es gab da nie irgendwelche Probleme, weder in meinem persönlichen Umfeld noch im Dienst. In der Arbeit spielen meine griechischen Wurzeln überhaupt keine Rolle – höchstens wenn ich mal wegen meiner Sprachkenntnisse helfen kann.“

Foto: Bundespolizei

Name:
Anastasia Gianniki

Alter:
49 Jahre

Herkunft:
Griechenland

Dienststelle:
Bundespolizeidirektion München, Sachbereich 36

„Ich habe auch Vorurteile erlebt.“

Welchen Vorurteilen begegnen Sie sehr häufig?

„Stellt man mittlerweile jeden ein?“
„Du bist also der Quotentürke!“
„Was, du bist Bulle? Du bist doch Türke!“
„Von einem Ausländer/Türken lasse ich mir doch nichts sagen!“
„Ey, du bisch doch auch Kanake!“

„Derartige Zitate sind nur ein Auszug dessen, was ich bislang erlebt habe. Dennoch haben sich im Laufe meiner Laufbahn die Reaktionen der Gesellschaft als auch die der Kollegen eher positiv entwickelt und sie sind meiner Ansicht nach aufgeschlossener geworden. Es gibt selbstverständlich Menschen, die mit interkultureller Kompetenz wenig anfangen können. Es gibt aber auch Menschen, die die Vorteile der Kollegen mit Migrationshintergrund erkennen und schätzen. Bei vielen Einsätzen ist es tatsächlich so, dass ausländische Bürger einem Polizisten mit Migrationshintergrund ein respektvolleres Verhalten entgegenbringen. Ich habe schon oft das Gefühl gehabt, eine Vorbild für viele Jugendliche zu sein. Mein persönlicher Wunsch und das oberste Ziel für die Zukunft sollte eine an unsere Gesellschaft angepasste, heterogene, kameradschaftliche, demokratische und soziale Polizei sein. Stereotype gibt es und wird es immer geben, es ist jedoch die Aufgabe von jedem Einzelnen, seinen Beitrag zum Abbau von Vorurteilen zu leisten.“

Foto: Bundespolizei

Name:
Deniz Aslan

Alter:
25 Jahre

Herkunft:
Türkei

Dienststelle:
Bundespolizeidirektion Stuttgart, Mobile Kontroll- und Überwachungseinheit

„Zu einer modernen Integration gehört auch der Zugang zu öffentlichen Instanzen“

„Die interkulturelle Kompetenz ist für Polizeibeamte enorm wichtig, da diese tagtäglich mit Menschen anderer Kulturen konfrontiert werden. Sei es an den Flughäfen, Bahnhöfen oder Grenzen. Überall treten Polizeibeamte mit Menschen unterschiedlicher (fremder) Kulturkreise in Kontakt.

Dennoch wird die Bundespolizei noch einige Zeit benötigen, bis die interkulturelle Kompetenz sich als Bestandteil im alltäglichen Handeln widerspiegelt. Der richtige Umgang mit Menschen unterschiedlicher Kulturkreise ist kein ausschließliches Phänomen, das allein die Polizei betrifft, sondern ist ein gesamtgesellschaftliches Phänomen in Deutschland, welches durch die hohe Zuwanderung bedingt ist. Deutschland ist im Verlauf seiner Geschichte ein Zuwanderungsland geworden. Viele Menschen aus unterschiedlichen Kulturkreisen leben hier in Deutschland. Migration und Integration haben sich hier zu einem politisch und gesellschaftlich wichtigen Thema entwickelt. Zu einer modernen Integration gehört auch der Zugang zu öffentlichen Instanzen für diese Bevölkerungsgruppen. Die Polizei ist ein wichtiger Bereich dieser öffentlichen Instanzen.

Mittlerweile hat fast jeder fünfte Mensch, der in Deutschland lebt, einen Migrationshintergrund. Deswegen ist es für die deutsche Polizei wichtig, das Handeln und Denken anderer Kulturen zumindest im Ansatz nachvollziehen zu können, um Konflikte bezüglich der Unterschiede zu vermeiden.“

Foto: Bundespolizei

Name:
Filiz Sagman

Alter:
25 Jahre

Herkunft:
Türkei

Dienststelle:
Bundespolizeiinspektion Aachen

Kommentar

Interstellare Ignoranz

Wer behauptet, die Bundespolizei wäre nicht weltoffen, der lebt offensichtlich auf dem Mond. Es sind durchsichtige, tendenziöse Behauptungen, die sich weniger an Tatsachen orientieren, als dass sie blind einer konfusen Grundhaltung folgen. Schreckliche Schattenbilder werden an die Wand geworfen, doch sie haben mit der Realität nichts zu tun. Ideologisch angetriebene Versuche, die Bundespolizei als fremdenfeindlich darzustellen, zeugen von Ignoranz – mehr nicht. Wer etwa die Grenzfahnder dafür kritisiert, dass sie Ausländer kontrollieren, der kann genauso gut einem Schaffner vorwerfen, er diskriminiere Fahrgäste, weil er deren Fahrscheine prüft; oder einem TÜV-Ingenieur unterstellen, er drangsaliere Fahrzeughalter, wenn er den technischen Zustand ihrer Autos untersucht.

Wir leben in einem freien Land. Es steht jedem zu, den Sinn und die Notwendigkeit von Fahrschein-, TÜV- oder Polizeikontrollen zu hinterfragen. Solange sich aber die Gesellschaft nicht für eine freie Fahrt für alle entschieden hat, werden Schwarzfahrten – ob ohne Visum, Ticket oder TÜV-Plakette – sanktioniert. Jemand muss deshalb die Einhaltung der geltenden Regeln überwachen, und das sollte auch ein kritisches Mitglied der Gemeinschaft akzeptieren können – zumal diese Aufgabe hierzulande per se bedeutet, mit anderen Menschen respektvoll umzugehen. Das gilt gleichermaßen für Schaffner, TÜV-Ingenieure und Polizeibeamte.

Hinzu kommt, dass gerade die Arbeit eines Bundespolizisten weit mehr als solides Fachwissen fordert. Interkulturelle Kompetenz ist da genauso wichtig wie die Kunde von Zuständigkeiten, Aufgaben und Befugnissen.

Diese Fähigkeit ist keine Frage detaillierter Kenntnis unzähliger herkunftsbedingter Unterschiedlichkeiten, nationaler Eigenheiten, Idiome und Nuancen der nonverbalen Kommunikation. Vielmehr folgt auch sie einer Grundhaltung. Wie sich zwei Menschen begegnen, hängt ja weniger davon ab, ob sie dieselbe Sprache sprechen. Es ist viel einfacher: Um weltoffen zu sein, genügt oft ein Lächeln.

Besonders eindrucksvoll hat Deutschland vor gut sieben Jahren seine Weltoffenheit bewiesen. „Die Welt zu Gast bei Freunden“ war das Motto der Fußballweltmeisterschaft 2006, die als das deutsche Sommermärchen in die Geschichte einging. Dass dieses internationale Sportfest so friedvoll verlief, war auch den Bundespolizisten zu verdanken. Wären sie nicht interkulturell kompetent, so wäre das schöne Märchen vielleicht ein Albtraum geworden.

Doch das hervorragende Zeugnis, das die Welt auch ihnen damals ausgestellt hat, ist kein Doktortitel, der auf ewig verliehen wird. Polizisten sind eben nicht wie Wissenschaftler, die für eine tolle einmalige Leistung bis ans Ende ihres Lebens geehrt werden. Sie sind eher wie Sportler, die ihre Medaillen immer wieder aufs Neue gewinnen müssen – mal in der Regionalliga, mal bei Weltmeisterschaften. Doch nicht immer werden sie dafür gefeiert. Sie müssen sich damit abfinden, dass es auch ignorante Zuschauer gibt, die lieber dem Gegner applaudieren. Die lautesten Stänker mischen sich dabei gern unters heimische Publikum, obwohl sie eigentlich auf dem Mond leben.

Thomas Borowik

Foto: Mike Borowik

Der Autor (45) ist Pressesprecher der Bundespolizeidirektion München. Der dienstälteste kompakt-Redakteur greift in seiner Kolumne die polarisierenden Aspekte des jeweiligen Titelthemas auf.

Foto: Bundespolizei

Konsequent seit 25 Jahren

Was vor 25 Jahren mit viel Improvisation begann, hat sich heute zu unverzichtbaren Einheiten entwickelt: Wie aus den Zugriffseinheiten (ZE) die Beweissicherungs- und Festnahmehundertschaften (BFHu) entstanden sind, die schließlich europaweit bekannt wurden.

Selbst gebastelte Einsatzuniformen und Ausrüstungsgegenstände und die hohe Identifikation der Kollegen mit ihrer Einheit – darüber berichtete der ehemalige Festnahmekommandoführer Ulrich Bötticher jüngst in Uelzen aus den Anfängen seiner Einheit, die ihre Wurzeln in Winsen an der Luhe hatte. Und das war vor genau 25 Jahren, als Bötticher mit der Aufstellung einer Zugriffseinheit begann. Weitere Einheiten entstanden im Bundesgrenzschutz und entwickelten sich zu den heutigen fünf Beweissicherungs- und Festnahmehundertschaften der Bundesbereitschaftspolizei, die beweissichere Festnahmen bei besonderen Anlässen durchführen.

Foto: Bundespolizei

Sicherstellung von Beweismitteln: die BFHu Hünfeld 1999 bei einer Durchsuchung in Magdeburg

Ansatz und Einsatz

Ziel war es ursprünglich, den Autonomen eine durchsetzungsfähige Einheit gegenüberzustellen und Straftäter beweissicher festzunehmen. Doch den Einheiten, die damals zum Einsatz kamen, gelang es nur selten, qualifizierte Festnahmen durchzuführen. Aufgrund ihrer strukturellen Aufstellung, ihrer materiellen Ausstattung und der persönlichen Leistungsfähigkeit ihrer Beamten kann die heutige BFHu das Ziel gewährleisten, bei unfriedlichem Verlauf einer Großveranstaltung neben der allgemeinen Lagebereinigung gewalttätige Straftäter zu identifizieren, diese beweissicher festzunehmen und gerichtsfeste Ermittlungsvorgänge zu schaffen. Dafür ist eine BFHu in eine

Foto: Bundespolizei

Einsatz anlässlich von Kundgebungen zum 66. Jahrestag der Bombardierung Dresdens im 2. Weltkrieg: Foto aus einem Videobeweis beim Zugriff der BFHu Blumberg am 19. Februar 2011

Führungsgruppe, zwei Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten und einen Unterstützungsdienst, bestehend aus einem taktischen Dokumentations-, einem Festgenommenentransport- sowie einem Feuerlöschtrupp, gegliedert.

Diese Spezialkräfte unterstützen andere Polizeikräfte beim Vorgehen gegen gewalttätige Störer. Beispielhaft sind hier Fußball- und andere Großveranstaltungen wie Demonstrationen, politische Konferenzen (NATO- oder G8-Gipfel), Staatsbesuche oder der Schutz von Nukleartransporten zu nennen. Weiterhin gehören Einsätze im Bereich der organisierten Kriminalität (Vollstreckung von Durchsuchungsbeschlüssen und Haftbefehlen) zum Aufgabenspektrum. Bedarfsträger hierzu sind die Bundespolizeiinspektionen Kriminalitätsbekämpfung, das Bundeskriminalamt, die Landeskriminal- und Zollfahndungsämter sowie die Polizeien der Länder.

Und ihr Einsatz zeigt Wirkung. Ein mustergültiges Beispiel zur Nachhaltigkeit: Durch das professionelle Zusammenwirken zwischen Tatbeobachtern sowie Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten konnten in Berlin im Jahr 2009 sieben Intensivstraftäter festgenommen werden. Vier von ihnen wurden später zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von mehr als 10 Jahren ohne Bewährung verurteilt.

BFHu – ein Modell für Europa

Die Spezialisten der Bundesbereitschaftspolizei hatten bereits im Jahr 2003 in Genf ihren ersten Auslandseinsatz anlässlich des G8-Gipfels in Évian-les-Bains. Grenzüberschreitender Reiseverkehr von randalierenden Fußballanhängern oder der NATO-Doppelgipfel in Kehl und Straßburg waren weitere Anlässe für gemeinsame Polizeieinsätze von Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten. Im Dezember 2004 begleitete die BFHu Sankt Augustin die Anhänger der Fußballmannschaften von Schalke 04 und Borussia Dortmund im UEFA-Cup erstmalig bis zum Stadion nach Rotterdam.

Dies setzt ständiges Training im Team und mit benachbarten Einheiten sowie die Fortentwicklung von Einsatzverfahren voraus. Für die BFHu Sankt Augustin war es ein besonders herausragendes und prägendes Erlebnis, am 3. Lehrgang europäischer Polizeikräfte im Jahr 2004 im nationalen Trainingszentrum der französischen Gendarmerie Nationale in Südfrankreich teilzunehmen. Als erste geschlossene Polizeieinheit war die BFHu auch beim internationalen Police Force Training in Saint Astier in Frankreich dabei, in 2005 folgte die Bayreuther Einheit. Hier wurden mehr als zehn Tage lang komplette Missionslagen durchgeübt, an deren Ende der damalige Leiter des Trainingszentrums und heutige General der Gendarmerie, Cavallier, das Fazit zog: „BFHu ist ein Modell für Europa."

Hinter Schutzschildern versteckt

„Nervenaufreibend war ein Einsatz bei Aachen im Jahr 1996, als 600 gewaltbereite Kurden aus Belgien die Autobahn zunächst blockierten und dann Richtung Aachen loszogen. Wir landeten mit vier Hubschraubern, und es gelang uns, sie trotz schwerer Gewalttätigkeiten zu stoppen", erinnert sich Peter Müller, ein Mann der ersten Stunde der Bayreuther Zugriffseinheit. „Mich hat immer gestört, dass wir uns hinter Schutzschildern, oftmals nicht ansprechbar und wenig kommunikativ, in Demonstrationslagen bewegt haben. Heute brauchen wir engagierte, körperlich gut trainierte und teamfähige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die ihre Einsatztaktiken weiterentwickeln und an das Störerverhalten anpassen. Einhergehend wurde die Körperschutzausstattung ständig optimiert. Sie wird neben anderen Teilen der Einsatzausstattung heute von fast allen Polizeien der Länder und vielen Einheiten im Ausland getragen."

Das erste Mal im Sprühnebel

Chaostage in Hannover 1995: „Die Polizeikette öffnete und im

Sprühnebel der Wasserwerfer ging es an der Häuserfront vor. Leider war ‚gehen' die falsche Entscheidung, denn wir boten ein gutes Ziel für die Steinwürfe von 80 Chaoten vor der Barrikade. Es folgte der Rückzug bis hinter die Polizeikette. Wieder im Sprühnebel ging es mit neuer Taktik nun im Spurt Richtung Chaoten. Das Gegenüber war überrascht und auch die Kollegen, die zuvor den Kopf geschüttelt hatten. Diesen Vorgang wiederholten wir mehrmals, und es kam zu den ersten Festnahmen."
So beschreibt Rainer Becker seinen ersten Einsatz mit ein wenig Stolz, etwas zur Lagebeurteilung beigetragen zu haben.

„Der nächste Vorstoß ging über die Barrikade", ergänzt sein mittlerweile pensionierter Kollege Reinhardt Gehrmann. „Die anderen Polizeikräfte rückten nach. Diese dynamische Vorgehensweise in Zusammenarbeit von Zugriffseinheit, Wasserwerfer und Einsatzhundertschaft war erfolgreich. Trotz Bewurf und Beschuss mit Leuchtmunition kam es zu keinen nennenswerten Verletzungen. Wir konnten 27 Gewalttäter festnehmen."

„Glücklicherweise blieb die Hundertschaft in Ausübung des Dienstes bis auf wenige Ausnahmen von schweren Verletzungen verschont", berichtet Thomas Heinhold, seit 1999 Hundertschaftsführer der BFHu Hünfeld.

Geschichte

Am 2. November 1987 wurden bei einer Demonstration zum Jahrestag der Räumung des Hüttendorfs an der Startbahn 18 West in Frankfurt aus der Demonstration heraus zwei Polizeibeamte erschossen. Daraufhin schrieben die Innenminister und -senatoren der Ständigen Konferenz in einer Sondersitzung in Bonn bereits wenige Tage später ihren festen Willen nieder, zur „Sicherung des Rechtsfriedens alle rechtsstaatlichen Mittel auszuschöpfen, um weitere Anschläge und Morde zu verhindern, die Gewalttäter festzustellen und zur Rechenschaft zu ziehen." Vor allem stellten sie heraus, dass die Polizisten besonders auszustatten und zu schützen sind, um Gewalttäter zu identifizieren, festzunehmen und beweiskräftig zu überführen.

Infolge der zunehmend unfriedlichen Lageentwicklungen in der Hausbesetzerszene der Hafenstraße in Hamburg sowie rund um die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf im Jahr 1988 wurden die ersten Festnahmekommandos in den damaligen Bundesgrenzschutzstandorten Winsen an der Luhe und Rosenheim gegründet. Es folgten die Aufstellungen von Zugriffseinheiten (ZE) in Bayreuth, Coburg (1991), Eschwege (1992) und Braunschweig (1993).

Der Erlass des Bundesministeriums des Innern vom 6. Dezember 1993 zur Konzeption für Einsatz und Fortbildung der Zugriffseinheiten des Bundesgrenzschutzes führte erstmals die „besonders gegliederten und ausgestatteten geschlossenen Einheiten" im Organisations- und Dienstpostenplan auf. Als Standorte wurden Winsen an der Luhe (Grenzschutzpräsidium Nord), Braunschweig (Grenzschutzpräsidium Ost), Eschwege (Grenzschutzpräsidium Mitte) und Bayreuth (Grenzschutzpräsidium Süd) festgelegt.

Im Zuge der BGS-Reform II in 1998 mit den einhergehenden Standortschließungen wurden die Zugriffseinheiten und -hundertschaften in folgende Bundesgrenzschutzabteilungen verlegt und in einheitliche Beweissicherungs- und Festnahme-

Foto: Bundespolizei

Eine der ersten Festnahmen aus der rechten Szene in Jena 1995, beweissicher durch die ZE Eschwege mit einer Polaroid festgehalten

hundertschaften gegliedert: von Braunschweig nach Blumberg, von Winsen nach Uelzen, von Eschwege nach Hünfeld und von Coburg nach Bayreuth. In Sankt Augustin (Grenzschutzpräsidium West) wurde zeitgleich die fünfte Einheit aufgestellt. Somit verfügte jedes Grenzschutzpräsidium über eine Beweissicherungs- und Festnahmehundertschaft mit je zwei Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten (BFE).

Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Neuorganisation der Bundespolizei am 1. März 2008 wurden alle zehn Einsatzabteilungen der Bundespolizei der Direktion Bundesbereitschaftspolizei in Fuldatal unterstellt. Somit werden heute auch die fünf Beweissicherungs- und Festnahmehundertschaften der Bundespolizei zentral geführt und eingesetzt.

Seit 1995 werden bundesoffene Vergleichswettkämpfe der Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten der Polizei des Bundes und der Länder durchgeführt – zunächst jährlich und ab dem Jahr 2000 im Zweijahresrhythmus. Den nächsten Wettkampf richtet die Bundespolizeiabteilung Sankt Augustin im Juni 2014 aus.

Die BFHu Uelzen feierte am 29. Mai 2013 als erste Einheit ihren 25. Geburtstag. Mehr als 300 Gäste, hauptsächlich ehemalige Angehörige, konnte der heutige Hundertschaftsführer Dieter Lewerenz begrüßen.

Bis hier und nicht weiter

„Die zunehmende Gewaltbereitschaft sowie die Internationalisierung linker Proteste werden auch weiterhin solche Spezialkräfte erfordern. Der rasenden Entwicklung, mit der gewaltbereite Gruppierungen neue Medien und Netzwerke für sich einnehmen, muss eine taktisch gut aufgestellte und entsprechend ausgestattete Einheit gegenübergestellt werden.

Hierbei sollten psychologische Vorteile in Ausstattung, Farbe und Auftreten kein Dogma sein. Bereits in der Phase der Aufstellung dieser Einheiten symbolisierte deren andere Farbe bis hier und nicht weiter – mit großen Präventivwirkungen. Auch Einsatzhundertschaften profitieren von unserer Entwicklung“, resümiert Jürgen Gaidas, Hundertschaftsführer der BFHu Sankt Augustin.

Kurt Lachnit

Gegen „Fußballfans“ mit Pyrotechnik und bengalischem Feuer im Einsatz: die BFHu Uelzen 2010 in Hamburg

Foto: Bundespolizei

Kolumne: Die Außenansicht (1)

Wenn man zwischen die Fronten gerät …

Auf dem Monitor sah man eine große Gruppe von Rechten, die sich lautstark auf einen zahlenmäßig weit unterlegenen Polizeitrupp zubewegte. Die Polizisten stellten sich den Demonstranten entgegen – und ich dachte: Das ist jetzt ein Witz! Was wollen die vielleicht acht, neun Polizisten gegen vermutlich dreißig aggressive Krawallmacher ausrichten? Zu meinem Erstaunen kam der Demozug jedoch zum Stillstand – gestoppt und im Zaum gehalten von diesen ganz wenigen Polizisten.

Dieses Bundespolizeivideo zeigte mir – verständlicherweise ein bisschen stolz – Jürgen Gaidas, Polizeiführer bei der Beweissicherungs- und Festnahmehundertschaft (BFHu) in St. Augustin, während eines Vorgesprächs zu einer TV-Reportage. Ein Jahr lang hatte ich mit meinem Kamerateam die „St. Augustiner“ bei ihren Einsätzen in ganz Deutschland begleiten dürfen.

Und auf die Videokostprobe sollte für mich eine sehr lebendige Mutprobe folgen. Denn bei meiner Begleitung eines jungen BFHu-Truppführers namens „Pepper“ geriet ich immer wieder mit zwischen die Fronten, wie beim Castoreinsatz in Gorleben oder beim Fußballderby Schalke 04 – Dortmund. Die Menschenmassen haben mich geängstigt. Ich habe beobachtet, wie Fußballhooligans Polizisten mit Flaschen und Knallkörpern bewarfen. Eine halbvolle Bierdose zerplatzte am Bein eines Beamten. Schmährufe, Anstachelungen wie „Auf die Bullen!“ und Drohgebärden – und mein Kamerateam und ich mittendrin. Als Polizist sei man für alle Parteien immer der Böse, hatte Truppführer „Pepper“ gesagt. Und ich bemerkte hinter seinem Schutzvisier das stumme Hoffen auf eine Anerkennung von außen – dafür dass er und seine Kollegen fast jedes Wochenende mit ganzem Körpereinsatz für Recht und Ordnung sorgen, wenn Teile der Gesellschaft ihre Kämpfe auf der Straße austragen. Was mich als Bürger allerdings sehr beruhigt hat: Die Polizisten haben Verständnis dafür, dass Menschen auf die Straße gehen, um beispielsweise ihre politische Meinung kundzutun – es kommt eben nur auf das „Wie“ an und darauf, ob ein Protestmarsch genehmigt ist.

Polizisten werden immer dann hinzugezogen, wenn das Auftreten von Menschenmassen und – damit verbunden – Gewalt zu erwarten sind. Denn der Staat sagt: Jedwede Gewalt muss gebrochen werden. Diesen Anspruch müssen unter anderen die Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten umsetzen. Ihre Aufgabe von der Tätigkeit „normaler Polizisten“ zu unterscheiden, ist für einen Außenstehenden wie mich aber erst einmal schwer. Doch wenn man es dann verstanden hat, erkennt man auch, wie wichtig speziell ausgebildete Polizeikräfte für den Masseneinsatz sind. Ich konnte den Unterschied sehen, und zwar beim Castoreinsatz in Gorleben. In dieser unfassbaren „Schlacht“ zwischen Polizei und Demonstranten schafften es wenige Hundertschaften, Herr der Lage zu bleiben! Das Motto lautete: Das rechte Maß an Gewalt! Mensch bleiben! – Und nach mehrtägigem heftigem Kampf um die Schiene hieß es dann: „Helm ab – deeskalieren!“

Eines der Privilegien von Journalisten ist es, für eine bestimmte Zeit in die Arbeits- und Erlebniswelt anderer Menschen einzutauchen. Dieses Privileg haben Polizisten nicht. Sie bleiben in ihrer Welt. Dafür bewundere ich sie. Denn was ich hier erlebt habe, ging mir unter die Haut.

Karsten Scheuren

Foto: privat

Karsten Scheuren war 11 Jahre lang Redakteur und Chefreporter bei ProSiebenSat.1 in der Redaktion „Galileo“ und arbeitet heute als freier Autor. Für seine Reportagen wurde er unter anderem mit dem Bayerischen Fernsehpreis sowie dem Adolf-Grimme-Preis ausgezeichnet.

Die Parlamentspolizei

Sie sichert den Deutschen Bundestag und schützt die Personen, die sich darin aufhalten. Im Auftrag ihres Dienstherrn, dem Bundestagspräsidenten, ist sie sofort bereit, bei Gefahren einzuschreiten. Sie ist eine Polizei des Bundes – die Polizei beim Deutschen Bundestag. Zehn Nachwuchsbeamte für die Polizei beim Deutschen Bundestag werden nun bei der Bundespolizei ausgebildet.

Foto: Bundespolizei

Die amtierende Leiterin des Bundespolizeiaus- und -fortbildungszentrum Neustrelitz, Nathalie Reimers, bei der Begrüßung der Dienstanfänger für die Polizei beim Deutschen Bundestag: Marie Kaleyta, Heiko Westphal, Florian Heimann, Kevin Bekir Wolofczyk, Nathalie Reimers, Robin Prenzel, Laura Schmittat, Benjamin Kassau, Vincenz Schneider, Sebastian Meincke, Mervin Dargatz (von links nach rechts)

Es ist der 27. September 2013 – kein Tag wie jeder andere im Bundespolizeiaus- und -fortbildungszentrum Neustrelitz (BPOLAFZ NZ). Es sind vor allem die Dienstanfänger, die sich heute ganz besonders herausgeputzt haben. Denn sie leisten an diesem Tag im Beisein ihrer Angehörigen den Diensteid. Unter den insgesamt 177 Dienstanfängern, die Anfang September ihre Ausbildung im mittleren Polizeivollzugsdienst im BPOLAFZ NZ begonnen haben, befinden sich erstmals auch zehn junge Anwärter für die Polizei beim Deutschen Bundestag. Sie absolvieren dasselbe Ausbildungsprogramm wie die übrigen Dienstanfänger im BPOLAFZ NZ. Die erforderlichen Spezialkenntnisse werden sie sich in ihren Einführungspraktika aneignen.

Für die amtierende Leiterin des BPOLAFZ NZ, Nathalie Reimers, stellt diese Neuerung eine ganz besondere Herausforderung dar. Für sie liegt der besondere Anspruch dieser Aufgabe in der parallelen Ausbildung von Polizeibeamten verschiedener Behörden.

Bei der Auswahl und Ausbildung der Anwärterinnen und Anwärter für die Polizei beim Deutschen Bundestag arbeiten Bundespolizei und Deutscher Bundestag eng zusammen.

Eine der Anwärterinnen für die Polizei beim Deutschen Bundestag ist Laura Schmittat. Die 25-jährige gelernte tiermedizinische Fachangestellte aus Berlin freut sich auf die Ausbildung: „Polizistin zu werden, ist mein großer Wunsch. Es macht mich stolz, die Polizeiuniform tragen zu dürfen.“ Die Uniform wird Laura Schmittat nach der Ausbildung jedoch wieder ablegen müssen, denn die Beamten der Polizei beim Deutschen Bundestag tragen während des Dienstes Zivilkleidung. Lediglich in Öffentlichkeitsbereichen wie der Reichstagskuppel tragen sie zusätzlich eine Jacke oder Weste mit der Aufschrift „POLIZEI“.

Foto: Bundespolizei

Nathalie Reimers, amtierende Leiterin des BPOLAFZ NZ

„Der besondere Anspruch der uns gestellten Aufgabe liegt für mich in der parallelen Ausbildung von Polizeibeamten verschiedener Behörden. Das stellt uns als BPOLAFZ NZ vor neue Herausforderungen, bietet gleichzeitig aber auch die Chance, eigene Kompetenzen zu erweitern und Gewohntes zu überdenken.“

Foto: Deutscher Bundestag

Patrick Wegner, Referent im Referat ZV 2 (Personal mittlerer und einfacher Dienst) des Deutschen Bundestages

„Die Zusammenarbeit mit der Bundespolizei in Zusammenhang mit der Auswahl und Ausbildung der erstmals für die Polizei beim Deutschen Bundestag auszubildenden Polizeianwärterinnen und -anwärter war bisher sehr angenehm und kollegial. Über diesen Umstand sind wir sehr dankbar und freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit in der Zukunft.“

Sicherheit des Parlaments und seiner Mitglieder ist oberstes Gebot

Die Polizei beim Deutschen Bundestag gehört zur Bundestagsverwaltung. Dort ist sie als Referat ZR 3 (Polizei, Sicherungsaufgaben) der Unterabteilung ZR (Recht) zugeordnet. Die zurzeit 170 Polizeivollzugsbeamten, die in ihrer Amtsbezeichnung den Zusatz „beim Deutschen Bundestag“ tragen, verteilen sich zum überwiegenden Teil auf fünf Dienstgruppen. Die Bundespolizei ordnet regelmäßig für jeweils zwei Jahre Polizeivollzugsbeamte zur Polizei des Deutschen Bundestages ab. Derzeit versehen 21 Bundespolizisten dort ihren Dienst.

Die wichtigste Aufgabe der Polizei beim Deutschen Bundestag besteht darin, Gefahren, für die Sicherheit des Parlaments, seiner Mitglieder und Gremien sowie für alle im Parlamentsbereich anwesenden Personen, abzuwehren. Das tut sie unter anderem, indem sie rund um die Uhr die Bundestagsliegenschaften im Innen- und Außenschutz überwacht. Zu den Schutzobjekten gehören neben dem Reichstagsgebäude auch das Paul-Löbe-Haus, das Marie-Elisabeth-Lüders-Haus sowie das Jakob-Kaiser-Haus. „Der Innenschutz ist insbesondere tagsüber sehr wichtig und bildet bis Mitternacht den Schwerpunkt der polizeilichen Arbeit“, sagt Lars Witter, einer der fünf Dienstgruppenleiter.

Täglich besuchen etwa 3 000 bis 7 000 Personen, vornehmlich Touristen, aber auch Schulklassen und Studiengruppen, den Deutschen Bundestag. Jeder, der das Reichstagsgebäude betreten will, wird vorher genau kontrolliert. Für manch einen endet hier auch schon der Besuch; etwa dann, wenn er eine Waffe wie beispielsweise einen Schlagring bei sich führt. Feststellungen dieser Art

Vertreter des Deutschen Bundestages gratulieren ihren neuen Mitarbeitern nach Beendigung des Festaktes. Bildmitte: Torsten Schneider-Schahn, Leiter Referat ZV 2 (Personal mittlerer und einfacher Dienst), Rechts: Birgit Singer, Referentin für Rechtsangelegenheiten im Referat ZR 3 (Polizei, Sicherungsaufgaben)

Foto: Frank Riedel

Foto: Frank Riedel

Die Polizei beim Deutschen Bundestag sichert das Parlamentsgebäude und schützt die Personen, die sich darin aufhalten. Der Deutsche Bundestag zählt täglich bis zu 7000 Besucher.

werden strafrechtlich verfolgt. Für die Kontrollen bedient sich die Polizei beim Deutschen Bundestag eines privaten Sicherheitsunternehmens. Witter: „Seitdem im November 2010 Anschlagsdrohungen die Bundesrepublik Deutschland in erhöhtem Maße betrafen, hat man auch im Deutschen Bundestag den ohnehin bereits hohen Sicherheitsstandard nochmals optimiert.“ Die Sicherheitskontrollen werden seit April 2011 in einem eigens hierfür errichteten Containerbau vor dem Deutschen Bundestag vorgenommen. „Damit verhindert man, dass Waffen und gefährliche Gegenstände überhaupt erst in das Parlamentsgebäude gelangen“, so Witter weiter. Um 24:00 Uhr schließt der Bundestag für die Öffentlichkeit. Einige der Polizeibeamten werden dann in den Außenschutz, den am Tage die Kollegen der benachbarten Abschnitte der Berliner Polizei gewährleisten, umgesetzt.

Foto: Frank Riedel

Auch der Plenarsaal steht unter ständiger Beobachtung. Demonstrative Aktionen gehen zumeist von der Besuchertribüne aus.

Handeln per Dienstanweisung

Der Bundestagspräsident übt gemäß Artikel 40 Absatz 2 des Grundgesetzes die alleinige Polizeigewalt im Deutschen Bundestag aus. Die Befugnisse der Polizeibeamten zur Gefahrenabwehr regelt daher kein Gesetz, sondern eine Dienstanweisung des Bundestagspräsidenten. Diese Dienstanweisung orientiert sich an dem Musterentwurf der Innenministerkonferenz für ein einheitliches Polizeigesetz. Somit stehen der Polizei beim Deutschen Bundestag grundsätzlich die gleichen Befugnisse zur Verfügung wie der Landes- oder Bundespolizei. Strafprozessuale Maßnahmen im Auftrag der Staatsanwaltschaft wie Durchsuchungen oder Beschlagnahmen dürfen in den Räumen des Bundestages nur mit Genehmigung des Bundestagspräsidenten vorgenommen werden.

Die Bundestagspolizei ist aber nicht nur für den Objektschutz zuständig. Zu ihren weiteren Aufgaben zählen auch der Personenschutz in den Liegenschaften bei besonderen Einsatzanlässen, der Schutz von Veranstaltungen (zum Beispiel Konferenzen und Plenarsitzungen), das Betreiben der zentralen Ausweisstelle und nicht zuletzt die Verfolgung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten. Die kriminalpolizeiliche Sachbearbeitung von Ermittlungsverfahren obliegt dem Sachgebiet Ermittlungsdienst/ Kriminalpolizeiliche Maßnahmen. Die sechs Ermittlungsbeamten hatten im Kalenderjahr 2012 insgesamt 1 092 relevante Vorgänge zu bearbeiten, darunter 150 Strafverfahren. Im ersten Halbjahr 2013 waren es bereits 130 Strafverfahren. Überwiegend werden jedoch Ermittlungstätigkeiten zu gefährdungsrelevanten Sachverhalten in Bezug auf das Parlament und seine Abgeordneten oder Fahndungsnotierungen zu verloren gegangenen Dienst- und Bundestagsausweisen bearbeitet. Hinzukommen Sicherheitsüberprüfungen im Rahmen der Erteilung von Zutrittsberechtigungen zum Deutschen Bundestag.

Der Schwerpunkt der Strafverfahren liegt bei politisch motivierten Beleidigungs- und Bedrohungsdelikten zum Nachteil von Abgeordneten. Nicht selten erhalten Abgeordnete auch anonyme Zuschriften mit volksverhetzenden Inhalten. Weitere Delikte, die zum Bearbeitungsspektrum der Polizei beim Deutschen Bundestag zählen, sind Untreue, Betrug, Unterschlagung sowie Urkundenfälschung, Sachbeschädigung und Hausfriedensbruch.

Bis zu 5 000 Euro bei Störung einer Plenarsitzung

Gelegentlich kommt es auch zu demonstrativen Aktionen im Deutschen Bundestag. Diese gehen zumeist von der Besuchertribüne des Plenarsaales aus. Muss eine Plenarsitzung deswegen unterbrochen werden, so handelt es sich hierbei ebenfalls um eine Straftat (Störung der Tätigkeit eines Gesetzgebungsorgans gemäß § 106 b Strafgesetzbuch). Wird die Plenar- oder Ausschusssitzung trotz Störung nicht unterbrochen, stellt dies lediglich eine Ordnungswidrigkeit dar, die jedoch mit einem Bußgeld von bis zu 5 000 Euro geahndet werden kann.

Was macht den Dienst bei der Polizei beim Deutschen Bundestag so interessant oder gar außergewöhnlich? „Es ist die Arbeit in unmittelbarer Nähe zum ‚Herz' unserer Demokratie. Man sieht tagtäglich viele Politiker, ist dabei, wenn Staatsbesuche stattfinden. Gegenwärtig laufen beispielsweise die Koalitionsverhandlungen. Da spürt man schon ein gewisses Knistern in der Luft", sagt Lars Witter.

Die Verwaltung des Deutschen Bundestages hat zur Bewältigung der wachsenden Aufgaben insgesamt 30 neue Dienstposten geschaffen. Laura Schmittat und ihre Mitstreiter sind die ersten zehn, die aus diesem Pool heraus zukünftig dauerhaft die Polizei beim Deutschen Bundestag verstärken werden.

Frank Riedel

Die Reichstagskuppel – einer der Bereiche im Parlamentsgebäude, die ständig überwacht werden.

Foto: Frank Riedel

Foto: Christian Skerbic

Wenn der Schein trügt...

Menschen mit geistiger Behinderung sind Teil unseres Alltags – und damit auch manchmal ein polizeiliches Gegenüber. Doch wie mit ihnen umgehen? Nach einer wahren Geschichte aus Süddeutschland ...

Spätschicht, gegen 18:00 Uhr: An einem Haltepunkt schlägt ein Mann seinen Kopf unaufhörlich gegen einen Fahrausweisautomaten. Eine Streife kann ihn nicht davon abbringen. Die Beamten entscheiden, ihn in Schutzgewahrsam zu nehmen. In Handschellen bringen sie ihn zur Wache. Ein Kollege der Folgeschicht trifft durch Zufall im Flur auf die Streife, als sie den Mann in die Zelle bringt. Sie grüßen sich schulterzuckend. Das Übliche – am Bahnhof randalieren und sich nicht davon abbringen lassen … – Ein klarer Fall, oder?

Im Vorbeigehen merkt der Kollege, dass ihm der Mann bekannt vorkommt: „Das ist doch Christian aus der Nachbarschaft, der freundliche junge Mann, der auf dem Weg zur Arbeit immer so nett grüßt? Aber …“

Solche Sachverhalte kommen oft an unseren Bahnhöfen vor, eigentlich Routine. Doch was ist, wenn hier der Schein trügt?

Der Kollege geht auf die Streife zu und erklärt, dass es sich bei der Person um Christian M. aus seiner Nachbarschaft handelt. Er erläutert, dass dieser in einer Werkstatt für geistig behinderte Menschen arbeitet. Normalerweise sei er immer so freundlich und fröhlich …

Was steckt dahinter?

Christian M. ist 35 Jahre alt und seine geistige Entwicklung war von Geburt an stark verzögert. In der Werkstatt, in der er arbeitet, wird er individuell gefördert. Er hat dort – zusammen mit anderen geistig Behinderten – einen geregelten Tages- und Arbeitsablauf. Auch wenn man Christian M. seine Behinderung nicht auf den ersten Blick ansieht, so befindet er sich auf dem Stand eines Kindes. Er kann weder lesen noch schreiben, webt aber leidenschaftlich gerne Teppiche, die er in präziser Kleinarbeit jeden Tag von 8:00 bis 16:00 Uhr in der Werkstatt herstellt.

Wie ging es weiter auf der Wache?

Nachdem der Kollege die Streife informiert hat, versucht er durch seinen persönlichen Kontakt zu Christian M. die Situation zu entschärfen. Freundlich, aber bestimmt und mit ein wenig Humor kommt er mit Christian ins Gespräch. Der erkennt seinen Nachbarn und erzählt, dass er

zum „Zügegucken“ im Stadtgebiet gewesen und ihm dann die Bahn nach Hause vor den Augen weggefahren sei. Die Mama sei jetzt bestimmt sehr böse, weil er zu spät kommen wird. Er wird lauter und fängt fast an zu weinen. Vor lauter Wut über sich selbst habe er dann den Kopf gegen den Automaten geschlagen. Als die Polizei da war, wollte er nicht aufhören, weil er immer noch so wütend war. Er wollte nur, dass die Polizisten ihn in Ruhe lassen.

Der Kollege erklärt ihm dann in aller Ruhe und in einer vertrauensvollen Atmosphäre den Grund für das polizeiliche Einschreiten und Christian beruhigt sich wieder. Dann rufen sie seine Mutter an. Während Christian auf seine Mutter wartet, darf er noch eine Polizeimütze aufsetzen und aller Ärger ist verflogen … Jedes Mal, wenn Christian heute zur Arbeit geht und den Kollegen wiedersieht, freut er sich und fragt nach „seiner“ Mütze.

Natürlich stellt dieser Sachverhalt in Bezug auf geistig Behinderte eine Ausnahmesituation dar. Er soll dennoch die Augen dafür öffnen, auch zunächst gewöhnliche Situationen sensibel einzuschätzen. Denn nicht jeder ist ein „echter“ Randalierer.

Es gibt viele Arten der geistigen Behinderung

Eine der auffälligsten geistigen Behinderungen ist das Downsyndrom, auch bekannt als Trisomie 21. Doch es gibt noch unzählige weitere Geisteskrankheiten oder Entwicklungsstörungen, von denen wiederum viele auf den ersten Blick – wie eben bei Christian M. – nicht ins Auge fallen. Und genau darin steckt manchmal die Gefahr.

Die geistigen und körperlichen Auswirkungen einer Erkrankung können sehr vielfältig sein. Einige behinderte Menschen können kaum sprechen oder sich nur unverständlich ausdrücken. Andere sprechen klar und deutlich. Die Lese-, Schreib- und Rechenfähigkeiten sind unterschiedlich oder gar nicht ausgeprägt. Generell findet bei den Betroffenen jedoch keine altersgemäße Entwicklung statt.

In Sekunden entscheiden, wer da vor einem steht

Menschen mit geistiger Behinderung sprechen anders, verstehen anders, sehen die Umwelt anders und verhalten sich manchmal anders als gesunde Menschen. Defizite im Sprachvermögen und in der Aufnahmefähigkeit von Informationen können unter Betrachtung der Gesamtumstände auf eine geistige Behinderung hindeuten. Für den Umgang mit Betroffenen gibt es zwar leider keinen generellen Leitfaden, doch oft kann man eine Situation bereits dadurch entschärfen, dass man eine vertrauensvolle Basis schafft.

Eigensicherung an erster Stelle

In einer Situation, in der Menschen gegen sich selbst oder andere aggressiv werden, steht die Eigensicherung an erster Stelle. Denn auch Personen, die „nur“ zu Aggressionen gegen sich selbst neigen, sind schlecht kontrollierbar. Meist tritt dies als stressbedingte (Über-)Reaktion auf eine ungewöhnliche oder unbekannte Situation auf.

In der heutigen Gesellschaft, in der sich Unmut gegen die Polizei auch in Gewalt äußert, muss in solchen Situationen abgewogen werden, was der Auslöser für das aggressive Verhalten ist. Meistens dürfte es sich bei einer heftigen Reaktion nicht um eine Aggression gegen die Polizei handeln,

In Betreuungseinrichtungen wie denen der Karl-Schubert-Gemeinschaften e. V. werden behinderte Menschen sozial integriert. Beim Hoffest 2013 haben die Betreuten Spaß mit Familie und Freunden.

Foto: Moritz Woide

sondern vielmehr könnte das Verhalten als ein Ventil für eine Überforderung gewertet werden!

Daher erzielen die für den Standardfall einstudierten polizeilichen Anweisungen/Maßnahmen hier unter Umständen nicht ihre gewünschte Wirkung, sondern führen eher zu gegenseitigem Unverständnis, zu Unsicherheit und Verärgerung. In solchen Ausnahmesituationen sind teilweise auch Kreativität und Improvisation gefragt.

Den „richtigen“ Umgang lernen?

Einige Wissenschaftler behaupten, dass der Polizei im Umgang mit geistig Behinderten oder auch psychisch Kranken das Know-how fehlen würde. Lehrgänge sind rar und bisher werden kaum Fortbildungsmaßnahmen angeboten. Doch wirklich schulen kann man den Umgang mit geistig Behinderten auch ohnehin kaum – denn manchmal kann er ganz einfach sein und manchmal kann er sich schwierig gestalten. Ansatzpunkte könnten aber eigeninitiierte Fortbildungsveranstaltungen wie beispielsweise der Besuch einer Behindertenwerkstatt oder ein gemeinsames Projekt sein. In vielen Firmen ist es bereits ein fester Bestandteil der Ausbildung, für eine Woche ein Sozialpraktikum durchzuführen. Grundsätzlich sollten wir offen für Menschen sein, die anders sind als wir. Der berühmte Blick über den „Tellerrand“ kann hier wertvolle Erfahrungen und Verständnis bringen.

Schon gewusst?

Seit ein paar Jahren unterhält das Bundespolizeiaus- und Fortbildungszentrum Oerlenbach Kontakt zu Lebenshilfeeinrichtungen in seiner Umgebung. Hierbei kommen geistig Behinderte für einen Tag in das Aus- und Fortbildungszentrum, um die Bundespolizei kennenzulernen. Sie dürfen im Polizeiauto mitfahren, in Situationstrainings mitspielen oder einen Hindernisparcours durchlaufen. Im Gegenzug verbringen die Anwärter einen Ausbildungstag in der Behindertenteinrichtung und lernen so den Umgang mit geistig behinderten Menschen kennen.

Yvonne Winkler

Anmerkung der Redaktion: Dieser Artikel entstand in Zusammenarbeit mit der Karl-Schubert-Gemeinschaft e. V. in Filderstadt.

In einer Werkstatt für behinderte Menschen findet eine individuelle Förderung statt. Die Betreuten erfahren dort einen geregelten Tages- und Arbeitsablauf.

Foto: Moritz Woide

5 Fragen an ...

Foto: Bundespolizei

Christiane Blaurock

Seit Januar 2013 arbeitet Christiane Blaurock (28) im Team des Hausordnungs- und Objektschutzdienstes (HOD) an der deutschen Botschaft in Peking. 7 814 Kilometer entfernt von ihrem eigentlichen Dienstort, dem Düsseldorfer Flughafen, ist sie in der chinesischen Hauptstadt mitverantwortlich für die Sicherheit der deutschen Auslandsvertretung.

1. Was schätzen Sie bei der Bundespolizei am meisten?

Ich schätze vor allem die vielfältigen Arten der Dienstgestaltung im In- und Ausland sowie die damit verbundenen persönlichen Entwicklungsmöglichkeiten. Die Herausforderung, für längere Zeit aus dienstlichem Anlass im Ausland zu leben und zu arbeiten, finde ich besonders reizvoll. Für mich hat das HOD-Programm hierzu den perfekten Einstieg geboten.

2. Was schätzen Sie bei der Bundespolizei am wenigsten?

Leider stehen Lehrgangsangebot und Lehrgangsbedarf nicht immer im benötigten Verhältnis. Dadurch können oftmals persönliche Stärken, die im täglichen Dienstgeschäft überaus hilfreich sein könnten, nicht ausreichend gefördert werden! Für die Zukunft würde ich mir wünschen, dass das Lehrgangsangebot nachfragegerechter aufgestellt wird.

3. Was war Ihr bisher schönstes Erlebnis im Dienst?

Eine besondere Erfahrung für mich war mein Einsatz für das Bundespolizeipräsidium beim European Union Police Force Training als Sprachmittlerin. Dies ermöglichte es mir, aktiv bei einer Polizeiübung auf internationaler Ebene mitzuwirken und so die ersten Erfahrungen bezüglich internationaler Zusammenarbeit zu machen! Besonders geprägt war diese Übung von dem beeindruckenden Gefühl der unvoreingenommenen Zusammengehörigkeit zwischen den verschiedensten Polizeikräften vieler europäischer Länder.

4. Was war das Schlimmste, was Sie im Dienst erlebt haben?

Bei der Konfrontation mit menschlichem Leid empfinde ich immer ein Gefühl der Betroffenheit. Gerade bei Vernehmungen im Rahmen von Asylverfahren kommt man damit in Berührung. Dabei trotzdem gute Arbeit zu leisten, kann durchaus eine außergewöhnliche Herausforderung darstellen.

5. Was wäre Ihre erste Amtshandlung, wenn Sie heute zur Präsidentin der Bundespolizei ernannt würden?

Als Präsidentin würde ich meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein „Vorgesetztenfeedback“ ermöglichen, wie es beispielsweise beim Auswärtigen Amt stattfindet. Dort haben auch HOD-Beamte die Möglichkeit, den direkten Vorgesetzten mittels eines Fragenkataloges anonym zu beurteilen. Anschließend nimmt der Vorgesetzte im Kreise seiner Mitarbeiter Stellung zu den zusammengefassten Bewertungen. Ich denke, davon können beide Seiten nur profitieren.

Das Interview führte Fabian Hüppe.

Zum Weihnachtsfest

Wir,

haben im vergangenen Jahr viel erlebt, erreicht und Unwiederbringliche verloren!
Wir sind zusammengekommen, mehr als das eine Mal in Fulda tal: Bei Übungen, im Einsatz, in Trauer und in Freude.
Unmöglichkeiten und Gefahren haben wir trotz knapper Ressourcen mit Hingabe und Ideenreichtum im In- und Ausland gemeinsam gemeistert oder ertragen.

Alle haben ihre Frau oder ihren Mann gestanden und niemanden zurückgelassen.

Dafür danke ich Ihnen sehr und blicke mit Zuversicht in das kommende Jahr.

Unseren Familien wünsche ich eine gesegnete Weihnachtszeit, Glück und Gesundheit.

Dieter Romann

P.S.: Wer, wenn nicht wir?

Foto: privat

Portrait

Die grazile Polizistin

Sie ist jung, attraktiv und erfolgreich – ein Klischee, dem man sich zuweilen in romantischen Filmen oder Liebesromanen bedient, um die Herzen von Fans leichter Film- und Literaturkost zu berühren. Dass diese Eigenschaften aber auch auf Bundespolizistinnen zutreffen können, ist schon lange kein Geheimnis mehr. Bundespolizei kompakt hat eine mehrfache Deutsche Meisterin getroffen, die sich neben ihrem Schichtdienst erfolgreich dem aktiven Wettkampfsport widmet!

Um eines vorwegzunehmen: Wir haben in der Bundespolizei natürlich auch zahlreiche junge stattliche Männer. Aber um die soll es hier diesmal nicht gehen, sondern um Jeanette Streithoff, eine Kontroll- und Streifenbeamtin von der Bundespolizeiinspektion Berlin-Ostbahnhof.

Die 27-jährige Berlinerin hat sich seit ihrer Kindheit einer Sportart verschrieben, die zwar zu den olympischen Disziplinen zählt, aber dennoch in der Öffentlichkeit nur wenig Beachtung findet. Sehr zu Unrecht, denn es gehört ein gehöriges Maß an Beweglichkeit und Koordinationsvermögen – gepaart mit Anmut und Grazilität – dazu, um in dieser Sportart so erfolgreich zu sein wie Jeanette Streithoff. Die Rede ist von der rhythmischen Sportgymnastik.

Ihr Weg zum Sport

Als 6-Jährige besuchte Jeanette Streithoff mit ihrer Tante einen Wettkampf der rhythmischen Sportgymnastik. Die Siegerin erhielt damals einen großen Pokal. Ab da an besaß die kleine Jeanette den Wunsch, irgendwann auch einmal so einen großen Pokal zu bekommen. Die Tante wusste, dass ihre Nichte gern tanzte und nahm Kontakt zum Sportverein SV Preußen Berlin auf, um ein Schnuppertraining zu vereinbaren. Jeanette und ihr Trainer waren begeistert. Ball, Reifen, Band, Keulen und Seil zählten von nun an zu den Dingen, die ihre Freizeit bestimmten. Es folgten Jahre aufopferungsvollen Trainings, das zunächst freudebetont begann, aber spätestens ab der 5. Klasse in hartem Leistungssport auf dem Coubertin-Gymnasium in Berlin-Prenzlauer Berg mündete. Jeanette erlernte all das, was rhythmische Sportgymnastik sehenswert macht.

Auf ihrem Trainingsplan standen Drehungen, Sprünge, Stände sowie verschiedene Gerätetechniken vereint mit künstlerisch-tänzerischen Bewegungsabläufen.

Mehrfache Deutsche Meisterin

Nach drei Jahren musste Jeanette Streithoff feststellen, dass die zahlreichen Verbiegungen, sogenannte Rückenelemente, so anmutend sie auch aussahen, ihrem noch jungen Körper gesundheitlich nicht guttaten. Sie wechselte von den angehenden Leistungssportkadern zu den „nur noch“ Wettkampfsportlern. Auf internationale Vergleiche musste sie daher verzichten, auf Pokale, die sie sich als kleines Kind so sehr wünschte, jedoch nicht. In den Jahren 2006 bis 2008 feierte Jeanette Streithoff, damals noch unter dem Namen Jeanette Remus, in der rhythmischen Sportgymnastik neben zahlreichen Pokalsiegen auf regionaler und nationaler Ebene insgesamt zehnmal die Deutsche Meisterschaft in verschiedenen Einzeldisziplinen sowie im Mehrkampf.

Ein Dickkopf mit Disziplin und Ehrgeiz

2008 legte Jeanette Streithoff eine Pause ein: Nach fünf Jahren beim damaligen Bundesgrenzschutz wollte sie raus aus dem ewigen Kreislauf Dienst – Training – Dienst – Wettkampf und wieder Dienst. Einfach mal etwas anderes machen, das war ihr Wunsch. So entschloss sie sich, auf einem Abendgymnasium ihr Abitur nachzuholen. Denksport statt Sportgymnastik war jetzt angesagt. Und so drückte sie von nun an vier Jahre lang fünf Tage die Woche in den Abendstunden die Schulbank. 2012 legte sie die Reifeprüfung als Jahrgangsprimus mit der Bestnote 1,0 ab.

Im Mai 2012 kehrte Jeanette Streithoff zur rhythmischen Sportgymnastik zurück. Vieles, was sie einst in dieser Sportart beherrschte, schien in weite Ferne gerückt zu sein. Getrieben von ihrem Ehrgeiz und mit viel Disziplin tastete sie sich wieder langsam an ihr altes Leistungsvermögen heran. Alles klappte nicht auf Anhieb. Nicht selten stapfte sie wütend durch die Trainingshalle, wenn mal eine Übung daneben ging. „Jeanette war schon immer anders als andere Mädchen in ihrem Alter. Vor allem ihr Dickkopf hat uns das Leben beim Training nicht immer leichter gemacht“, sagt ihre Trainerin Judith Kappis über ihren Schützling. Kappis weiter: „Wenn sie etwas (nicht) wollte, dann hat sie das lautstark geäußert und – um sich durchzusetzen – auch keinen Konflikt gescheut. Einer ihrer liebsten Sätze ist noch heute: ‚Ich mach das schon, Judith, wirste sehen!’.“

Und sie hat ihre Trainerin nicht enttäuscht. Nur ganze neun Monate hat es gedauert, bis sie wieder das oberste Podest bei der Berliner Meisterschaft erobert hatte. Nur zwölf Monate vergingen, bis zum erneuten Deutschen Meistertitel beim Deutschen Turnfest in Mannheim im Mai dieses Jahres.

Foto: Frank Riedel

„Jeanette ist gerne Bundespolizistin“

… sagt René Seidenglanz, ihr Dienstgruppenleiter. Seidenglanz: „Sie fühlt sich wohl in dem turbulenten und ereignisreichen bahnpolizeilichen Aufgabenbereich.“ Ihren Beruf mit ihrem außerdienstlichen Engagement in Einklang zu bringen, zählt zu den besonderen Herausforderungen. In ihren bisherigen Verwendungen erfuhr sie immer große Unterstützung, um Sport und Weiterbildung erfolgreich ausüben zu können. Dafür ist sie sehr dankbar. Seidenglanz: „Der eigentliche Rahmenschichtdienstplan hätte ihr schon längst einen Strich durch die ‚Sport- und Fortbildungsrechnung’ gemacht. Durch eine flexibilisierte und planbare Dienstgestaltung war es ihr bis heute möglich, jeden ihrer Termine wahrzunehmen.“

Jeanette Streithoff hat noch lange nicht genug. Besonders nicht von den großen Pokalen, um die sie seit ihrer Kindheit wetteifert. Gegenwärtig strebt sie den Regelaufstieg in den gehobenen Polizeivollzugsdienst an. Darüber hinaus absolviert sie seit einem Jahr ein Fernstudium im Bereich Rechtswissenschaften an der Universität Hagen. Ja, es sind anspruchsvolle Ziele, die sich Jeanette Streithoff steckt. Aber mit ihrem Ehrgeiz, ihrer Disziplin und ihrem Dickkopf wird sie es schaffen.

Frank Riedel

Kolumne: Die Außenansicht (2)

Schwierige Situationen und ganz normale Menschen

Hallo, wir sind Christina Hempel und Marina Weilnböck und gehen auf die Städtische Wilhelm-Busch-Realschule in München. Bevor wir in den Selbstbehauptungs-/Selbstverteidigungskurs gingen, kannten wir die Bundespolizei nicht. Wir wussten nicht, dass es überhaupt einen Unterschied zwischen Bundespolizei und Polizei gibt, da wir noch nie etwas mit ihnen zu tun hatten. Das sollte sich im letzten Schuljahr aber ändern.

Normalerweise hätten wir Sportunterricht gehabt, doch stattdessen kam die Bundespolizei. Wir fragten uns: „Oh mein Gott! Was ist denn jetzt los?“ Dann haben sich die Bundespolizisten vorgestellt und uns erklärt, wie wir uns in schwierigen Situationen richtig verhalten können. Mit einem Schauspiel haben sie uns gezeigt, in welche gefährlichen Situationen wir geraten könnten. Die Szene in der S-Bahn, in der ein Mann eine junge Frau belästigte, ist uns besonders gut in Erinnerung geblieben, weil es für uns eine realistische Situation ist. Wir dachten, das Projekt könnte uns in unserem weiteren Leben helfen, daher haben wir uns entschlossen, daran teilzunehmen.

In den nächsten Wochen lernten wir von zwei Polizistinnen die verschiedensten Dinge – vom selbstbewussten Auftreten in bestimmten Situationen über das Befreien aus gewalttätigen Griffen bis hin zum Boxen. Am meisten hat uns das Boxen gefallen. Bei viel Schweiß lernten wir, Technik und Koordination zusammenzubringen.

Bisher war unsere Haltung zur Polizei eher kritisch, da sie ja meist nur bei Problemen auftaucht. Nun haben wir mit ihr zusammengearbeitet, sie hat uns etwas beigebracht. Das war echt gut. Natürlich war das Training zu kurz, um uns als Profis zu bezeichnen, aber wir haben trotzdem viel gelernt.

Vorher waren Begegnungen mit Polizisten eher Stresssituationen, man wollte ja nichts falsch machen. Jetzt sehen wir das anders, man sieht das viel entspannter. Es sind auch nur ganz normale Menschen.

Christina Hempel,
Marina Weilnböck

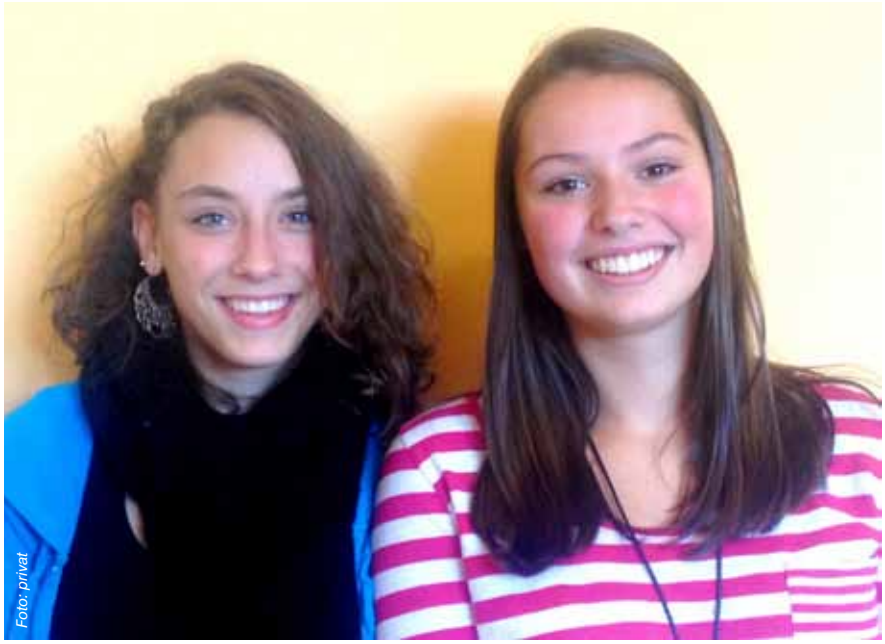


Foto: privat

Christina Hempel und Marina Weilnböck, beide 14 Jahre alt, sahen die Polizei bis vor Kurzem eher kritisch – weil „sie ja meist nur bei Problemen auftaucht“ ... Als die Bundespolizei überraschend zu ihrer Schule kam, war es dann doch alles andere als stressig. Seitdem bleiben die zwei völlig entspannt, wenn sie eine blaue Polizeiuniform sehen. Das Selbstbehauptungs- und Selbstverteidigungstraining, an dem Christina und Marina an der Städtischen Wilhelm-Busch-Realschule in München teilnehmen durften, war ein Teil des Projekts der Bundespolizeidirektion München „Nachwuchs aus der Region für die Region“.

Fotos: Rudolf Häser

Haus des Jugendrechts Trier: Ein kooperativer Ansatz unter Beteiligung der Bundespolizei

Die Anwendung des Jugendstrafrechts soll vor allem erneuten Straftaten eines Jugendlichen oder Heranwachsenden entgegenwirken. Durch die enge Zusammenarbeit unterschiedlicher Institutionen im Haus des Jugendrechts Trier (HdJR) wird insbesondere erreicht, dass bei straffälligem Verhalten junger Menschen die angemessene staatliche Reaktion der Tat auf dem Fuße folgt.

Anfang August 2012 wurde das HdJR Trier durch die beteiligten Träger eröffnet. Staatsanwaltschaft, Landespolizei, Bundespolizei sowie die Träger der freien und öffentlichen Jugendhilfe, zu denen Jugendämter mit Jugendgerichtshilfen und gemeinnützige Vereine zur Sozialisierung und Resozialisierung gefährdeter und straffällig gewordener junger Menschen gehören, arbeiten seitdem unter einem Dach zusammen.

Zu den Zielen des Projektes gehört es, jugenddelinquentes Verhalten zu verhindern und bereits straffällig gewordenen Jugendlichen und Heranwachsenden durch erzieherische Maßnahmen und Jugendstrafen realistische Wege in eine Zukunft ohne Kriminalität zu ebnen. Dabei werden die Arbeitsfelder polizeiliche Prävention, jugendstrafrechtliche Repression sowie soziale Hilfestellungen der Kommune und der freien Träger miteinander verzahnt.

Die ständige Zusammenarbeit im Rahmen gemeinsamer Arbeitsstrukturen stärkt das Vertrauen der unterschiedlichen Akteure zueinander. Eine aus Verantwortlichen der beteiligten Institutionen besetzte Lenkungsgruppe schaffte die erforderlichen Strukturen und die konzeptionelle Basis einer möglichst reibungslosen Zusammenarbeit. Die gemeinsame Arbeit wird geprägt durch regelmäßige Fortbildungsmaßnahmen, Hospitationen, Haus- und Frühbesprechungen,

Foto: Rudolf Hösel

Die schnelle Fallaufklärung und die individuell auf den Straftäter abgestimmten Maßnahmen eignen sich dazu, künftiges delinquentes Verhalten zu verhindern.

Fallkonferenzen und gemeinsam abgestimmte operative Maßnahmen. Bei deutlicher Reduzierung der sonstigen bürokratisch bedingten Wege können die einzelnen Institutionen ihr Potenzial in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht voll ausschöpfen.

Die Bundespolizeiinspektion Trier ist derzeit mit einem Jugendsachbearbeiter in Vollzeit im HdJR Trier vertreten. Unter Berücksichtigung der Strafverfolgungszuständigkeit konzentriert sich die Bearbeitung überwiegend auf die Delikte Leistungserschleichung, Betrug, Diebstahl, Körperverletzung und Sachbeschädigung. Häufig stehen Mehrfach- und Intensivtäter im Fokus der Ermittlungen. Aufgrund des im Jugendstrafrecht geltenden Wohnortprinzips werden im Rahmen der bundespolizeilichen Zuständigkeit alle Ermittlungsverfahren gegen Jugendliche und Heranwachsende bearbeitet, die ihren Wohnsitz im Gebiet des Landgerichtsbezirks Trier haben. Diese räumliche Eingrenzung ist dem Wirkbereich der anderen Träger geschuldet, die aufgrund der jeweiligen kommunalen, justiziellen beziehungsweise länderspezifischen Zuständigkeiten regionaler agieren als die Bundespolizeiinspektion Trier. Insofern werden die im übrigen Zuständigkeitsbereich der Inspektion (entspricht der Gesamtfläche des nördlichen Rheinland-Pfalz mit der Stadt Koblenz sowie dem Mittelgebirge Hunsrück mit dem Flughafen Frankfurt-Hahn) festgestellten Jugendstrafsachen im Rahmen der bestehenden Aufbau- und Ablauforganisation bearbeitet.

Nach über einem Jahr Wirkbetrieb ist auszugsweise zu bilanzieren, dass insbesondere ein verbesserter und reaktionsschnellerer Umgang bei Mehrfach- und Intensivtätern sowie mehreren zusammenwirkenden Tätern mit extremer Auffälligkeit erreicht werden konnte. Dabei ist die Fallkonferenz als besonderes Instrument zur Einzelfallbeschleunigung mit schneller und abgestimmter Intervention hervorzuheben. Zu einer solchen kann jeder Beteiligte einladen. Das Ergebnisprotokoll der Fallkonferenz wird Bestandteil der Ermittlungsakte. Aber auch unabhängig von Fallkonferenzen ist eine sukzessive deutliche Reduzierung der Verfahrenslaufzeiten festzustellen. Dazu trägt insbesondere bei, dass sich die verschiedenen Partner auf einen optimierten Informationsfluss bei gegebenen „kurzen Wegen“ verständigt haben. So wurden „Leerläufe“ in der Sachbearbeitung deutlich reduziert.

Foto: Bundespolizei

Diese Institutionen arbeiten im Haus des Jugendrechts in Trier unter einem Dach.

Aufgrund der positiven Erfahrungen und der Umfeldanalyse im Hinblick auf den Personalbedarf ist derzeit die Beteiligung der Bundespolizei an dem in der konzeptionellen Entwicklungsphase befindlichen Projekt „Haus des Jugendrechts Koblenz“ vorgesehen. Bei Realisierung dieses Vorhabens würde die gesamte Jugendstrafsachbearbeitung der Bundespolizeiinspektion Trier in zwei Häusern des Jugendrechts konzentriert werden.

Der hier nur ansatzweise skizzierte Erkenntnisgewinn aus der Beteiligung am Haus des Jugendrechts Trier kann auch für andere vergleichbare Vorhaben der Bundespolizei von Bedeutung sein. Weitergehende Informationen werden daher gerne zur Verfügung gestellt.

Dr. Ralf Gnüchtel

Vom Handyklau bis zur Sozialstunde

In weniger als vier Wochen folgte für den 17-jährigen Sven K. die Strafe auf dem Fuße. Im Haus des Jugendrechts in Trier haben fünf Behörden und Organisationen unter einem Dach für die schnelle Fallaufklärung und zeitnahe Sanktionierung der Straftat gesorgt. Ein Beispiel für die Zusammenarbeit mit direkter Beteiligung der Bundespolizei.

Haus des Jugendrechts in Trier: Wolfgang Kirch von der Bundespolizeiinspektion Trier kümmert sich um jugendliche Straftäter, die im Zuständigkeitsbereich der Trierer Bundespolizei bekannt werden. Das sind rund 250 Fälle im Jahr.

Beim Studium des Tagesrapports fällt dem 57-jährigen Kirch der Spitzname eines Jugendlichen auf, der ihm von zurückliegenden Fällen geläufig ist. Er recherchiert. In mehreren Gesprächen mit Vertretern anderer Behörden im Haus des Jugendrechts wird schnell klar: Sven K., der Tatverdächtige, ist kein „Unbekannter". Auch bei der Landespolizei und der Jugendgerichtshilfe kennt man ihn. Der Bundespolizist kontaktiert den Staatsanwalt im Hause. Bundes- und Landespolizei führen gemeinsam eine Wohnungsdurchsuchung durch. „Schnell und ohne Umwege ist die Durchsuchung noch am selben Tag hier im Haus des Jugendrechts in die Wege geleitet worden", stellt Kirch fest und skizziert damit den Vorteil der kurzen Wege.

Foto: Bundespolizei

Wolfgang Kirch bearbeitet jährlich rund 250 Fälle von Jugendstraftaten im Zuständigkeitsbereich der Bundespolizeiinspektion Trier.

Bei der Wohnungsdurchsuchung wird Sven K. nicht angetroffen. Die Vernehmung seines Bruders aber ergibt eindeutige Hinweise auf ihn als Täter. Noch am selben Tag legt Kirch dem Geschädigten Lichtbilder verschiedener Personen vor, darunter auch ein Foto von Sven K. Der Geschädigte identifiziert den Jugendlichen eindeutig als den Tatverdächtigen, der ihm sein Handy geklaut hat.

Sven K. wird zur Vernehmung in das Haus des Jugendrechts vorgeladen. Staatsanwalt und Bundespolizist vernehmen den 17-Jährigen gemeinsam. Der gibt schließlich zu, das Handy geklaut und dann verkauft zu haben. Er zeigt sich einsichtig und stimmt einer Wiedergutmachung zu.

Der Staatsanwalt stellt das Verfahren unter Auflagen ein. Sofort greift die Arbeit der Jugendgerichtshilfe. Als erzieherische Maßnahme wird die Ableistung von 40 Sozialstunden vereinbart. Diese muss Sven K. auch gleich bei einer gemeinnützigen Einrichtung in Trier absolvieren. So spürt der Jugendliche in weniger als vier Wochen nach seiner Tat die direkten Folgen.

„Genau das wollen wir erreichen. Im Jugendstrafverfahren ist der Erziehungsgedanke vorrangig. Die schnelle Fallaufklärung und die individuell auf den Straftäter abgestimmten Maßnahmen eignen sich dazu, künftiges delinquentes Verhalten zu verhindern. Die enge Zusammenarbeit hier im Haus des Jugendrechts trägt wesentlich dazu bei, dass ein Verfahren schnell abgearbeitet werden kann", resümiert Wolfgang Kirch.

Rudolf Höser

Anmerkung der Redaktion: Der Name des Betroffenen wurde von der Redaktion geändert.

Foto: Ulf Bröckner

Bist du ein „Muggel“? Die Bundespolizei und das Geocaching

Die populäre, virtuelle Schatzsuche rückt immer wieder in das polizeiliche Einsatzgeschehen, eröffnet aber auch neue Möglichkeiten für die Präventionsarbeit der Bundespolizei.

Es ist der erste Sonntag des insgesamt zehntägigen Hessentages 2013 in Kassel. Die Sonne auf dem Zentralplatz bringt Besucher wie Mitarbeiter der Präventionsstände ins Schwitzen. An den Pavillons der Bundespolizei ziehen überschaubare Besuchermengen vorbei. Einige Gäste kommen mit den Polizisten über die zahlreichen Ausstellungsstücke ins Gespräch. Wer kann, der hält sich bevorzugt im Schatten auf.

Es ist 14 Uhr, als sich zirka 180 Menschen schlagartig vor dem blauen Pavillon der Bundespolizeidirektion Koblenz versammeln. Einige scheinen sich zu kennen. Sie begrüßen sich wie alte Freunde, tragen sich in ein herumgereichtes Buch ein. Was ist passiert? Ein Flashmob? Eine spontane Demo? Nein! Es ist das erste Geocache-Event einer deutschen Polizeibehörde.

Doch blicken wir erst einmal zurück auf dessen Entstehung und betrachten wir die Zusammenhänge des Geocachings sowie die Arbeit der Bundespolizei: Geocaching? War das nicht das Spiel für Freaks? Leute, die mit GPS-Geräten durch die Gegend rennen und dabei Plastikdosen suchen?

Doch was ist denn überhaupt dieses Geocaching?

Im Jahr 2000 wurde die Nutzung von GPS-Systemen (Global Positioning Systems) für zivile Zwecke freigegeben. Ein US-Amerikaner fand die Idee spannend, einen Gegenstand zu verstecken und die Koordinaten des

So wie in dieser nachgestellten Szene wagen sich Geocacher manchmal unerlaubt in den Bereich von Bahnanlagen. Dabei ist vielen nicht bewusst, dass sie sich in Gefahr begeben und einen Einsatz der Bundespolizei auslösen können.

Verstecks im Internet zu veröffentlichen. Ein anderer fand anhand der Koordinaten den Gegenstand und gab dem „Verstecker" eine Rückmeldung. Rasend schnell bekam das neue Spiel immer mehr Zuspruch und Anhänger. Dreizehn Jahre später gibt es mehrere Internetplattformen, auf denen sich die Geocacher austauschen. Auf der führenden Plattform www.geocaching.com sind weltweit mehr als sechs Millionen aktive Geocacher registriert, die zirka 2,3 Millionen Geocaches veröffentlicht haben.

Der Clou an dem Spiel ist, dass die Suche der Caches im Verborgenen stattfindet. Teilweise sind die Verstecke so raffiniert angelegt, dass Unwissende an dem Versteck vorbeigehen, es also nicht bemerken. Die Bezeichnung dieser „Unwissenden" als „Muggels" ist den Harry-Potter-Romanen entliehen; dort steht sie für „Nichtmagier".

Der Vorgang des Spielens ist denkbar einfach. Jemand versteckt einen Behälter mit einem Logbuch und veröffentlicht die Koordinaten im Internet. Er ist damit ein „Owner" (englisch für Besitzer). Ein anderer Geocacher findet die Angaben auf den entsprechenden Internetplattformen und sucht den Ort des Versteckes auf. Dabei reicht der Schwierigkeitsgrad eines Geocaches von rollstuhltauglich bis zu „Taucher- oder Kletterausrüstung erforderlich". Hat der Geocacher nun den Behälter gefunden, trägt er seinen Nicknamen und das Datum in das Logbuch ein. Dann meldet er dem Owner über die Internetplattform, dass er den Cache gefunden hat. Vielleicht schreibt er dabei noch eine Anekdote über das Suchen dazu. Für das Finden bekommt der suchende Geocacher einen Statistikpunkt. Diese Punkte zeigen an, wie viele Caches jemand schon gefunden hat.

Die Bundespolizei im Geocaching?

Auf der Suche nach besonders raffinierten Verstecken findet sich der eine oder andere Behälter an Plätzen wieder, wo er nicht hingehört. So gelangen Geocaches zum Beispiel auch auf Bahngebiet. Ebenso geschehen im Bahnhof Karlsruhe. Weil niemand etwas mit dem Behälter, aus dem noch ein paar Befestigungsdrähte herausragten, anzufangen wusste, wurde er zu einer USBV (Unbekannten Spreng- und Brandvorrichtung). In solchen Fällen ist ein Bundespolizist eben auch nur ein Muggel …

Foto: Andreas Barner

Nachbildung eines Geocache-Behälters, wie er 2006 in Herne gefunden wurde und eine mehrstündige Sperrung von Bahnanlagen sowie den Einsatz von Entschärfern der Bundespolizei zur Folge hatte.

Aber nicht nur vermeintliche USBV oder Drogenverstecke stellen die Bundespolizisten vor besondere Herausforderungen. Bei den meisten bundespolizeirelevanten Vorfällen kommen Geocacher den Bahngleisen viel zu nahe. Nach den Regeln von Groundspeak, dem Betreiber der größten Geocaching-Plattform in Seattle/USA, dürfen Geocaches nicht im Bereich von bis zu zehn Metern an Bahnanlagen platziert werden. Nun unterliegen aber GPS-Systeme auch wetterbedingten Abweichungen und messen deshalb nicht immer auf den Meter genau. So stehen die Geocacher plötzlich unvermittelt im Gleis und suchen an der falschen Stelle oder kürzen den Weg über Bahngleise ab, weil das Versteck so viel bequemer zu erreichen ist. Beispiele hierfür gibt es genügend.

Und genau da setzt das Geocaching-Projekt der Bundespolizeidirektion Koblenz an. Wie erreicht man diese Leute? Wie können Warnungen und Aufklärung über Gefahren an Bahnanlagen an die Zielgruppe herangetragen werden, ohne dass der mahnende Polizist mit erhobenem Zeigefinger vor ihr steht?

Aufklärung über Gefahren als Anliegen

Am Stand der Bundespolizei beim Hessentag 2013 wurden etliche Präventionsbereiche thematisiert. Neben dem Stromabnehmermodell der Bundespolizeidirektion Sankt Augustin wurden Präventionsfilme am Stand der Bundespolizeiinspektion Kassel gezeigt. Mit dem Bahnmodell der Bundespolizeidirektion Koblenz konnten die jungen Besucher spielerisch das Verhalten am Bahnsteig und am Bahnübergang erlernen und im Nachbarpavillon wurden die Besucher

Beim Hessentag 2013 in Kassel konnten die Geocacher den Polizeihubschrauber der Bundespolizei als Trackable loggen.

mit einer durch die Bundespolizeiinspektion Frankfurt/Main fingierten Unfallsituation konfrontiert. Perfekte Bedingungen für ein Treffen von Geocachern. Also wurde in genau diesem Umfeld ein Event-Cache geplant.

Ein Event ist eine Art Treffen von Geocachern mit Stammtischcharakter. Man trifft sich und plaudert über das gemeinsame Hobby und kann nebenbei noch einen Statistikpunkt für die Anwesenheit („attended“) für sich verbuchen. Bereits drei Monate vor Start des Hessentages begannen die Absprachen mit Reviewern. Das sind Qualitätssicherer, die eingereichte Geocaches auf spezielle Anforderungen überprüfen und veröffentlichen. Die Resonanz der Reviewer war positiv und die Unterstützung für das Projekt der Bundespolizei nicht unerheblich. Die für uns erforderlichen Genehmigungen der führenden Geocache-Plattform Groundspeak für das Event nahmen mehrere Wochen in Anspruch. Einige Veränderungen in der Veranstaltungsbeschreibung waren notwendig, um eine Freigabe zu erhalten. Denn immerhin: Geocaching ist Firmen und Organisationen untersagt. Werbende Inhalte sind verboten und werden daher nicht genehmigt.

Das Event stand unter dem Motto „Das 1. Event der Bundespolizeidirektion Koblenz – Bahnanlagen sind keine Spielplätze!“. Bei Groundspeak hat man erkannt, dass die Bundespolizei einen Bezug zum Spiel hat. Aufgrund der Kurzfristigkeit der erforderlichen Zusagen aus Seattle konnte weder in Vorbereitung des Hessentages noch bundespolizeiintern oder über einen Newsletter von Groundspeak auf die Veranstaltung hingewiesen werden.

Der Aufwand hat sich gelohnt

Zur Veranstaltung kamen rund 180 Besucher, von denen 130 registrierte User waren. Das war für den Verlauf der Vorbereitung durchaus beachtlich. Die Rückmeldungen, die wir von den Besuchern erhielten, waren durchweg positiv. Das Event der Bundespolizeidirektion Koblenz ist mittlerweile archiviert, kann aber noch unter www.geocaching.com eingesehen werden http://coord.info/GC4BM53 (kostenlose Registrierung erforderlich). Die nächsten Events sind bereits für den Hessentag 2014 in Bensheim und für den Rheinland-Pfalz-Tag 2014 in Neuwied in Vorbereitung.

Auch wenn das Geocacheevent mittlerweile schon lange beendet ist, zeigt die Beteiligung der Bundespolizei an diesem Spiel noch immer Wirkung. Am Tag der Veranstaltung wurden 38 sogenannte Trackables (siehe Infokasten) in Umlauf gebracht: Jedes Mal, wenn ein Geocacher einen Travelbug der Bundespolizei findet, aufnimmt oder ablegt, geht eine Meldung per E-Mail ein. Seit Beginn der Aktion am 16. Juni 2013 haben mehr als 2 400 solcher Meldungen die Bundespolizeidirektion Koblenz erreicht. Durch Kommentare beim Logvorgang ist erkennbar, dass die Message durchaus gelesen wird und bei den Geocachern ankommt. Ein Projekt also, das noch lange nach der Veranstaltung wirkt.

Andreas Barner,
Ulf Birckner

Ein **Travelbug**, auch „Reisewanze“ genannt, ist ein Anhänger mit eingestanzter/aufgedruckter Nummer, den man an einem gefundenen Gegenstand befestigen kann. Die Gegenstände sollen mit ihrem Finder von Cache zu Cache reisen.

Trackables sehen meist aus wie Schlüsselanhänger und haben ein Käfersymbol. Dieses Symbol ist angelehnt an die englische Bezeichnung „Bitten by the travelbug“ (wörtlich: „vom Reisekäfer gebissen“/„vom Reisefieber gepackt“). Diese Anhänger werden von Geocachern immer wieder aus Geocaches genommen und in andere Geocaches abgelegt. Jeder Geocacher, der einen travelbug findet oder aufnimmt und zu einem anderen Cache bringt, erhält einen Statistikpunkt. Im Internet kann man die jeweilige Reiseroute nachverfolgen. Jeder einzelne Trackable der Bundespolizeidirektion Koblenz erzählt dem Finder von unserem Anliegen: Bahnanlagen sind keine Spielplätze, auch nicht für Geocacher.

Geocaching auf einen Blick?

Geocaching (das Wort setzt sich zusammen aus „geo = Erde“ und „cache = geheimes Lager“) ist eine weltweit verbreitete virtuelle Schatzsuche, bei der mittels GPS-Koordinaten Caches versteckt und gefunden werden. Die Größe der Behälter, zumeist wasserdichte Kunststoffboxen, variiert und auch Caches ohne Behälter sind bei www.geocaching.com registriert und können zum Beispiel durch Fotobeweis oder vorher definierte Aktionen als erfolgreich gefunden geloggt werden. Auf einer Internetplattform werden die geografischen Koordinaten und Eigenschaften des Versteckes veröffentlicht und die Funde von Suchenden dokumentiert. Wesentlich beim gesamten Such- und Tauschvorgang ist, dass von anderen anwesenden Personen das Vorhaben nicht erkannt wird und so der Cache Uneingeweihten verborgen bleibt.

Geocaching in fünf Schritten:

1. Die Vorbereitung	www.geocaching.com aufrufen, Benutzernamen anlegen und Geocaches im gewünschten Gebiet suchen.
2. Die Suche	Die Koordinaten des Geocaches aufsuchen und das Versteck des Behälters finden.
3. Das Finden	Benutzernamen und Zeitpunkt im Logbuch des Geocaches notieren.
4. Der Tausch	Gegebenenfalls Gegenstände (trades) tauschen und/oder Trackables entnehmen/ablegen. Versteck wieder wie vorgefunden hinterlassen.
5. Die Bestätigung	Den gefundenen Geocache bei www.geocaching.com aufrufen und als gefunden loggen. Kommentar hinterlassen.

Zwischen den Feiertagen „in Form bleiben“

„Nichts ist schwerer zu ertragen als eine Reihe von guten Tagen“, wusste schon Goethe und meinte damit sicher nicht das Schlemmen an den Festtagen ... Die Problematik kennen wir alle. Doch es sind nicht die Tage zwischen Weihnachten und Neujahr, die zu unnötigen Pfunden führen: Es ist vielmehr die Zeit zwischen Neujahr und Heiligabend.

Sich das Schlemmen während der Festtage zu verbieten oder eine Diät zu machen, ist unsinnig. Es ist nämlich sehr gut möglich, eine ausgewogene, leckere und ansprechende Menüfolge zu kreieren und dabei trotzdem „in Form“ zu bleiben. Und dies sogar im Rahmen der Feiertagsarbeit.
Für alle, die dieses Jahr über Weihnachten (wieder) Dienst tun, eignen sich die Rezepte umso mehr: Denn die einzelnen Menübestandteile können zu Hause gekocht, leicht transportiert und bei der Arbeit erwärmt werden. Die einzelnen Menübestandteile bauen zudem nicht aufeinander auf, damit sie individuell zubereitet werden können.

Ein Blick auf die wichtigsten Inhaltsstoffe zeigt: Sie sorgen für eine Balance zwischen Kalorien, Fett, Kohlenhydraten und Eiweiß. Außerdem kommen essenzielle Inhaltsstoffe nicht zu kurz: Es ist ja schließlich Weihnachten.

Wir wünschen guten Appetit!

Stephan W. Dillig

Feldsalat mit Himbeer-Walnussdressing und gehackten Nüssen

Zutaten:

200 bis 250 g Feldsalat,
eine Handvoll Wallnüsse,
Himbeeressig oder Saft,
Walnussöl

Zubereitung:

1. Salat gründlich putzen und waschen
2. Salat gut trocknen, damit das Dressing später gut haftet
3. Dressing herstellen: Himbeeressig mit Walnussöl vermengen, eventuell süßen
4. Salat auf einem Teller anrichten oder für den Transport in ein Gefäß geben

Foto: Christian Peters

Der Feldsalat glänzt mit einem hohen Vitamin-C-Gehalt und fördert somit die Bildung von Abwehrkräften gegen Infektionskrankheiten. Außerdem bietet er die Vitamine B6, E und sehr viel Provitamin A, auch als Betacarotin bekannt.

Das Walnussöl macht den Salat nicht nur geschmacklich interessant, sondern enthält viele wichtige ungesättigte Fettsäuren, die für den Körper essenziell sind.

Putenbraten an Bratenjus mit Rotkohl und Kartoffelherzen

Foto: Christian Peters

Die Pute liefert neben minimalen Kohlenhydraten und wenigen tierischen Fetten den wichtigen Bestandteil Eiweiß (Protein) als Baustoff für unsere Muskeln. Wer seine Muskeln regelmäßig trainiert und auf Muskelwachstum setzt, sollte auf Eiweiß nicht verzichten – die Pute liefert eine Menge davon und bietet sich somit als Braten an.

Rotkohl enthält Vitamin C, A, E und K sowie die wichtigen Mineralstoffe Eisen, Kalium und Calcium.

Kartoffeln sind reich an Vitaminen und Mineralstoffen und relativ kalorienarm. Zusätzlich enthalten sie wichtige Ballaststoffe, die die Darmtätigkeit und damit die Verdauung positiv beeinflussen können.

Zutaten

1 kg Putenbrust, 4 Scheiben,
1 kg Kartoffeln,
1 Ei, 1 EL Mehl,
1 Glas Rotkohl,
Salz, Pfeffer, Muskat, Bacon, Senf, Öl, Zwiebel, Gemüsebrühe, Gewürze

Zubereitung:

Putenbraten

1. Putenbrust abwaschen, abtupfen und von allen Seiten mit Salz einreiben
2. Aus Öl, Senf und Gewürzen eine Paste anrühren und über das Fleisch geben
3. Braten in Form geben, Bacon auf den Braten „kleben“
4. Bei 180 °C etwa 30 Minuten im Ofen lassen, dann mit Flüssigkeit angießen
5. Mit Brühe ablöschen und etwa 30 bis 45 Minuten ziehen lassen
6. Weitere 50 bis 60 Minuten in den Ofen schieben (den Braten alle 10 bis 15 Minuten begießen)

Rotkohl

1. Erwärmen und fertig

Kartoffelherzen

1. Kartoffeln schälen, mit einer Reibe in eine Schüssel raspeln
2. Geraspelte Kartoffeln salzen und pfeffern, eventuell mit Muskat abschmecken
3. 1 bis 2 Eier zugeben und gut durchkneten, nach Belieben gehackte Nüsse untermischen
4. Kleine Portionen formen und in der Pfanne ausbacken

Möhren-Ingwersuppe

Foto: Christian Peters

Zutaten:

2 Schalotten (oder 1 Zwiebel),
30 g frischer Ingwer,
500 g Karotten,
1 EL Rapsöl,
1 bis 2 TL Zucker,
700 ml kräftige Gemüsebrühe,
Salz, Pfeffer, Saft von ½ Zitrone,
30 g Butter

Zubereitung:

1. Karotten schälen und Enden abschneiden
2. In etwa 2 bis 3 cm dicke Stücke schneiden
3. Ingwer und Zwiebeln schälen
4. Möhren in 2 EL Olivenöl anschwitzen, dann Ingwer und Zwiebeln hinzugeben
5. Mit Brühe ablöschen und etwa 30 bis 45 Minuten ziehen lassen
6. Pürieren und mit Salz, Pfeffer, Zucker nach Geschmack würzen
7. Je nach gewünschter Konsistenz anschließend durch ein Haarsieb passieren

Möhren sind reich an Betacarotin. Es entwickelt in unserem Körper eine starke antioxidative Wirkung: Es fängt zellschädigende freie Radikale ab, die etwa in der Haut durch UV-Strahlung oder in der Lunge durch Tabakrauch entstehen. Zudem liefern Mohrrüben Eisen, das wichtig für die Blutbildung ist, sowie die Mineralstoffe Kalzium, Kalium, Zink und die Vitamine C, K und Folsäure. Schließlich liefern Karotten viele Ballaststoffe für eine gesunde Verdauung – und das alles bei nur 25 Kilokalorien (kcal) pro 100 Gramm!

Quark-Zimtmousse mit Obstsalat

Foto: Christian Peters

Zutaten:

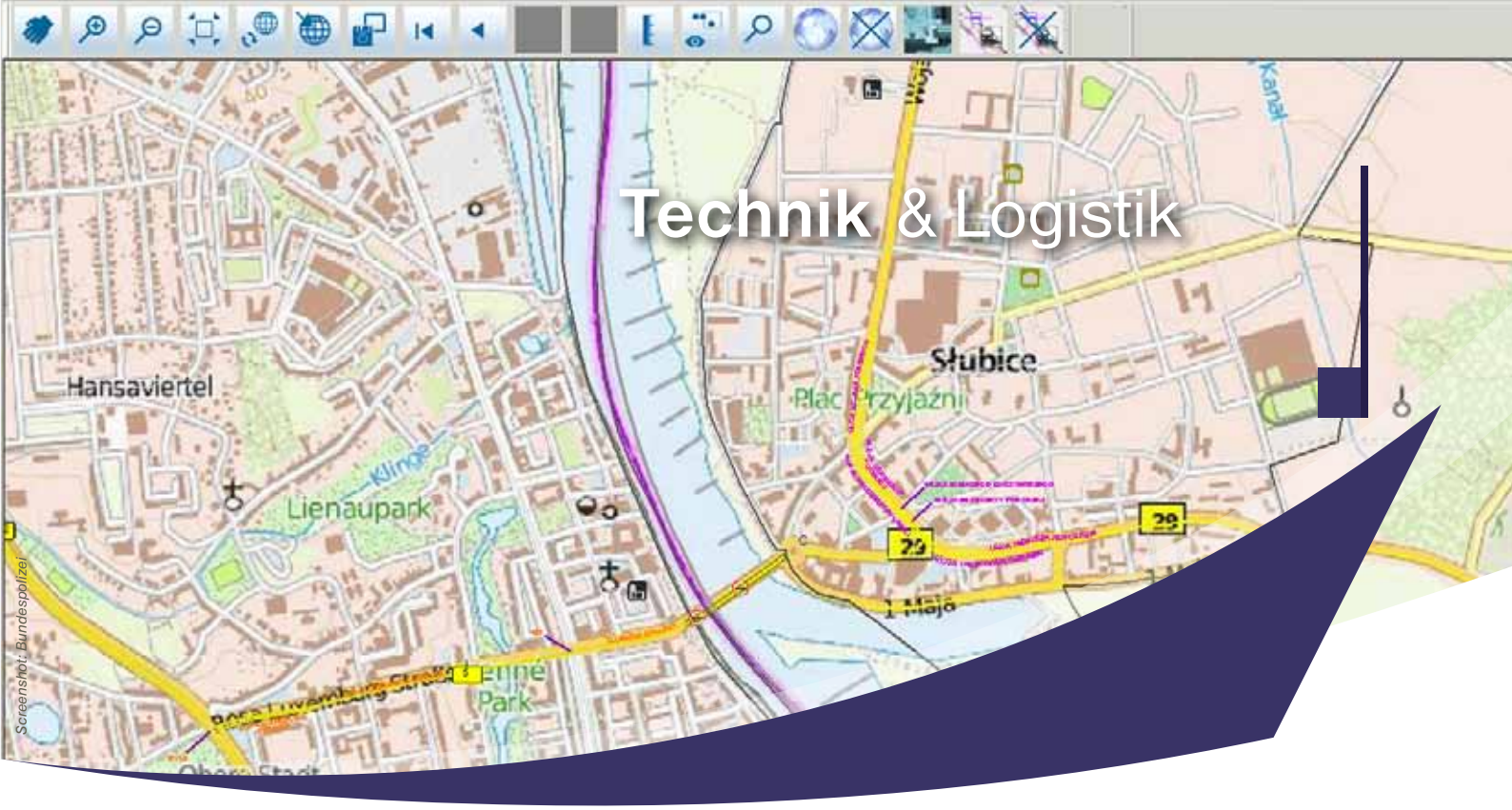
2 Blatt Gelatine,
250 ml Sahne,
250 g Magerquark,
60 g Zucker, Zimt
Orange, Apfel, Granatapfel, Physalis, Banane, Sternfrucht, …

Zubereitung:

1. Blattgelatine in kaltem Wasser einweichen
2. Sahne steif schlagen, Quark und Zucker in separater Schüssel glatt rühren
3. 2 EL Sahne im Topf erhitzen, ausgedrückte Gelatine darin auflösen, Zimt beigeben
4. Anschließend die Quarkmasse damit glatt rühren
5. Zum Schluss die geschlagene Sahne zu einer homogenen Masse unterarbeiten
6. Die Mousse in eine Schüssel füllen und im Kühlschrank fest werden lassen oder in kleine Förmchen füllen, um sie später als Einzelportion zu stürzen
7. Die Früchte für den Obstsalat kleinschneiden, mit Marinade angießen und ziehen lassen, fertig

Quark ist neben der Pute der zweite große Eiweißlieferant und beinhaltet im Gegensatz zu den tierischen Fetten und Proteinen die pflanzlichen. Somit ergänzen sich beide Produkte sehr gut.

Die gemischten Früchte für den Obstsalat runden das Menü ab. Sie steuern eine Menge an Vitaminen und Mineralstoffen bei, die eine wichtige Bedeutung für die Versorgung des Körpers haben.



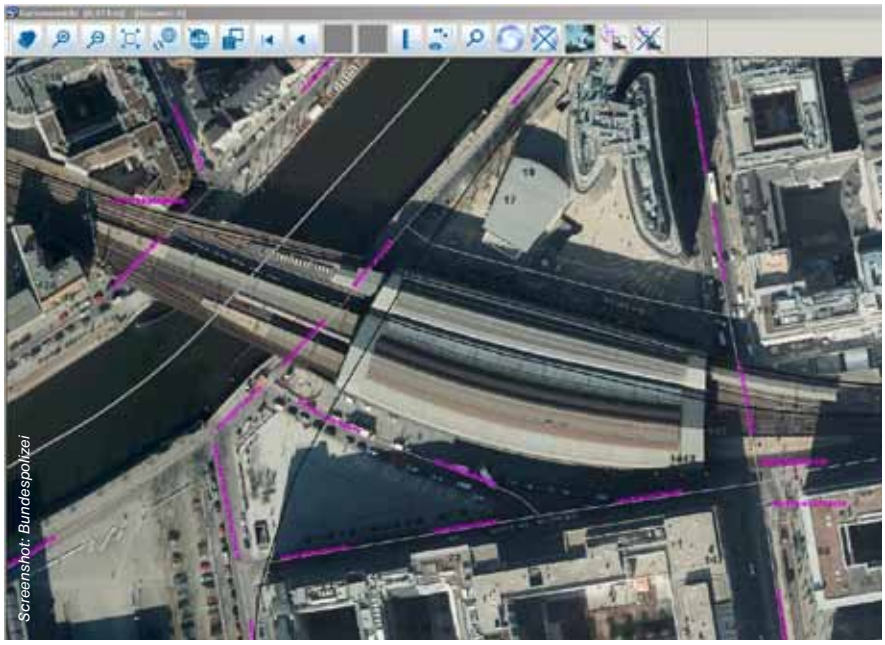
Screenshot: Bundespolizei

PIKUS ade!
Das neue Einsatzleitstellen-system der Bundespolizei

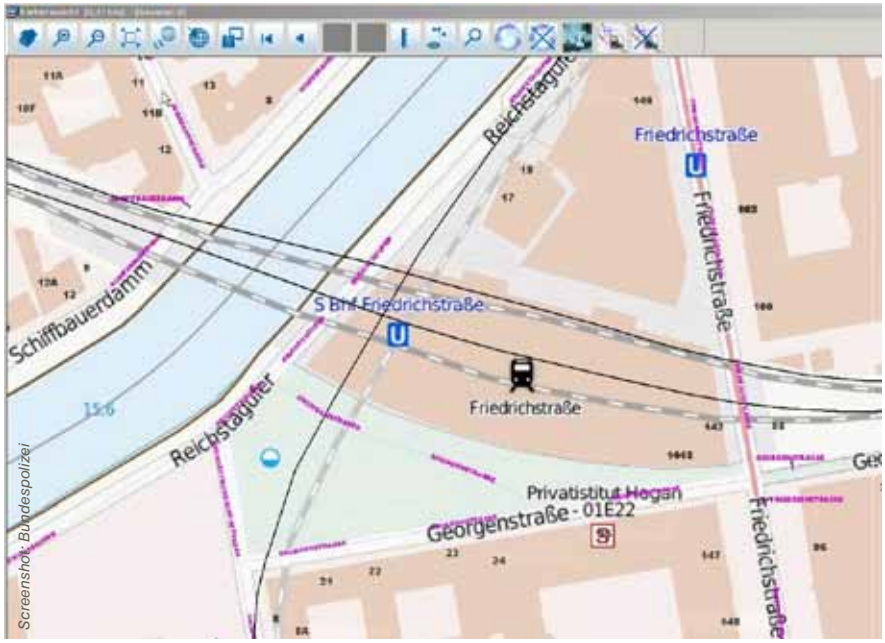
In ihren Inspektionen und Direktionen nutzt die Bundespolizei seit Jahren das Einsatzleitstellensystem „PIKUS“. Bei der Einführung vor elf Jahren noch auf der Höhe der Zeit, machte das System in den letzten Jahren eher wegen veralteter Technik, aufwendiger Wartung und mangelnder Ausfallsicherheit von sich reden. Höchste Zeit also für etwas Neues. Die Bundespolizei kompakt hat das neue „Einsatzleitstellensystem der Bundespolizei“ (ELS BPOL) einmal unter die Lupe genommen und stellt einige der Neuerungen vor.

Samstag morgen im Hauptbahnhof Rostock. 200 Anhänger des Drittligisten F.C. Hansa Rostock, darunter auch zahlreiche Problemfans, beginnen ihre Reise in das knapp 500 Kilometer entfernte Duisburg, wo ihre Mannschaft am Nachmittag zu einem Auswärtsspiel antreten wird. Da die Fans aus Kostengründen nur Nahverkehrszüge nutzen, werden sie allein auf der Hinfahrt an sechs Bahnhöfen umsteigen müssen und dabei mehr als sieben Stunden unterwegs sein.

Zugbegleitkräfte der Bundesbereitschaftspolizei sowie insgesamt sechs Bundespolizeiinspektionen werden die Reise und Umsteigevorgänge der Norddeutschen überwachen. Während die Einsatzkräfte am Bahnsteig und im Zug für Sicherheit sorgen, dokumentieren ihre Kollegen in den Leitstellen jedes Vorkommnis, eingegangene Meldungen sowie erteilte Aufträge im Einsatzleitstellensystem. Bislang nutzten die Leitstellen dafür das „Polizeiliche Informations-, Kommunikations- und Unterstützungssystem“ (PIKUS). Dieses ermöglichte es den Leitstellen bislang technisch nicht, Einsatzprotokolle von Dienst-



Das topografische Kartenmaterial hat einen hohen Detaillierungsgrad und steht auch in Form digitaler Orthofotos zur Verfügung.



stellen anderer Direktionen zu lesen oder gemeinsam ein Protokoll zu bearbeiten. Folglich blieben viele Informationen im „Dunstkreis“ der einzelnen Inspektionen hängen und wurden nicht oder nur unzureichend an die nächstbetroffene Dienststelle weitergegeben.

Das neue Einsatzleitstellensystem, welches bei der Bundespolizei derzeit eingeführt wird, will derartige Informationsverluste zukünftig verhindern. Eine große Neuerung ist dabei die dienststellenübergreifende Einsatzprotokollierung. Zudem können mobile Einsätze, sobald der räumliche Zuständigkeitsbereich wechselt, zwischen den Leitstellen verschoben werden. Bei dem eingangs erwähnten Beispiel könnte die Bundespolizeiinspektion Rostock demnach ein Einsatzprotokoll im System elektronisch anlegen, auf das die sechs betroffenen Bundespolizeiinspektionen zugreifen können. Alle am Reiseverlauf der Rostocker Fußballfans beteiligten Inspektionen könnten somit ohne zeitlichen Verzug über alle Informationen und Vorkommnisse verfügen.

Das neue Kartenmaterial

Eine deutliche Verbesserung bringt das neue Kartenmaterial mit sich. Bereitgestellt vom Bundesamt für Kartografie und Geodäsie, ist es wesentlich detailgenauer als die bislang genutzten Karten in PIKUS. Ähnlich wie bei Google Maps kann der Nutzer per Mausklick auf Orthofotos (verzerrungsfreie Satellitenbilder) wechseln, Fahrtstrecken routen sowie in 14 Detaillierungsstufen rein- und rauszoomen. Natürlich sind auch die neueste Bahnkilometrierung sowie diverse andere polizeilich relevante Gebäude, wie etwa Schulen, Botschaften und Krankenhäuser, integriert. Auch die Suchfunktion bei der Erfassung eines Einsatzortes ist optimiert. Die komplizierte Eingabe mit Zusatzzeichen, wie bei PIKUS notwendig, entfällt.

Um das Kartenmaterial möglichst aktuell zu halten, werden zudem künftig regelmäßig Updates stattfinden.

Darstellung der eigenen Kräfte per Digitalfunk

Nach derzeitigem Planungsstand wird es ab Ende kommenden Jahres möglich sein, Status- und Ortungsdaten der Digitalfunkendgeräte im Einsatzleitstellensystem zu verarbeiten. Damit wird eine weitere Neuerung zur Geltung kommen: die Darstellung der eigenen Kräfte auf Karten in Echtzeit.

Automatisch senden die Digitalfunkendgeräte nämlich den Leitstellen ihren Standort – und damit verbunden den der Streife. In den Karten visualisiert, behalten die Leitstellenbeamten und Führungskräfte damit immer einen optimalen Überblick über den Aufenthaltsort und die rasche Verfügbarkeit der eigenen Kräfte. Dies ist auch unter dem Gesichtspunkt der

Für die Nutzeroberfläche des neuen Einsatzleitstellensystems stehen jedem Leitstellenbeamten drei Monitore zur Verfügung, an denen sich ein individuelles Monitorlayout nach Belieben einrichten lässt.

Eigensicherung ein Gewinn. Durch die hohe Netzabdeckung des Digitalfunks im Vergleich zum jetzigen Analogfunk wird der Kräfteüberblick nahezu vollständig und dadurch wesentlich verbessert sein.

Der bekannte Funkspruch „Frage: Standort“ sollte somit bald in Vergessenheit geraten!

Schnittstellen

Perspektivisch ermöglicht es die Software des Einsatzleitstellensystems, Schnittstellen zu diversen anderen Programmen der Bundespolizei einzurichten. So können zum Beispiel Protokolldaten über einen Einsatz automatisch in das Vorgangsbearbeitungssystem @rtus-Bund eingebunden werden, wodurch eine Doppelterfassung vermieden wird. Ähnliches gilt übrigens für EPOS, das Elektronische Personal-, Organisations- und Stellenmanagementsystem.

Es ist zu erwarten, dass auch Schnittstellen zu „fremden“ Leitstellen, wie etwa den Leitstellen der Polizeien der Länder, bald kein Wunschdenken mehr sein werden. Erste konkrete Überlegungen hierzu gibt es bereits mit der Bayerischen Polizei. Fortan könnten elektronisch angelegte Einsatzprotokolle ähnlich ausgetauscht werden, wie es auch zwischen den Dienststellen der Bundespolizei möglich sein wird. Eine schnellere, einfachere und verlustärmere Kommunikation zwischen Bundes- und Landespolizei wären die Folge.

Übung macht den Meister

Um das Leitstellenpersonal auf die neuen Funktionen und Anwendungen des Leitstellensystems vorzubereiten, läuft derzeit ein ambitioniertes Schulungsprogramm. Von Oktober 2013 bis April 2014 wird die Bundespolizeiakademie 1 300 Kolleginnen und Kollegen fortbilden. In Lübeck, Oerlenbach und Swisttal wurden die bereits vorhandenen PIKUS-Schulungsräume eigens dafür modernisiert und auf den Ansturm der zahlreichen Lehrgangsteilnehmer vorbereitet.

Ausblick

Das neue Einsatzleitstellensystem verspricht noch viele weitere Vorteile. Wie bei jeder Neuerung kommt es jedoch letztlich darauf an, wie sie innerhalb der Bundespolizei umgesetzt wird. Die für die Einführung des neuen Einsatzleitstellensystems verantwortliche Projektgruppe „Einführung des Digitalfunks in Führungsorgane und Sprechfunkstellen“ (PG DiF) ist davon überzeugt, durch das neue System eine deutliche Verbesserung im Bereich der elektronischen Einsatzführung und Dokumentation herbeizuführen und steht für weitergehende Fragen und Auskünfte gerne zur Verfügung.

Fabian Hüppe

Projektgruppe „Einführung des Digitalfunks in Führungsorgane und Sprechfunkstellen“ (PG DiF)

Die PG DiF konzipiert und realisiert die Einführung des Digitalfunks in Führungsorgane und Sprechfunkstellen. Dabei koordiniert sie die Digitalfunkthemen für die am Leitstellenverbund des Bundes beteiligten Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben. Darüber hinaus verantwortet die Projektgruppe innerhalb der Bundespolizei die Einführung der Einsatzleitstellensysteme sowie die Integration des Digitalfunks in diese Systeme.

Leserbriefe

Zum Thema „Polizei und Medien“

In der neuen Ausgabe finde ich den Artikel zum Umgang mit der Presse mehr als überfällig. Jedoch vermisse ich die Differenzierung zwischen den Pressevertretern, die an einer Berichterstattung interessiert sind, und denen, denen es „nur“ um das spannungsgeladenste Bild geht.

Daher finde ich die Formulierung „[…] sollte man auf den Vollzug oder gar die zwangsweise Durchsetzung (einer Beschlagnahme oder Platzverweisung, Anmerkung der Redaktion) verzichten“ unglücklich. Wenn es Ihnen dabei lediglich um das Erscheinungsbild geht, könnte ich Ihnen noch recht geben. Jedoch vermittelt mir dies den Eindruck, dass hier das Image höher wiegt als der sich daraus gegebenenfalls ergebende Rechtsverstoß.

Aufgrund meiner fast 10-jährigen Tätigkeit als BFE-Führer weiß ich, dass sich solche Situationen nicht pauschalisieren lassen und jeweils einer genauen Einzelfallprüfung bedürfen. Aber oft genug habe ich das Profilfoto und weitere Information meiner Kollegen auf einschlägigen Seiten vorgefunden. Eine damit verbundene Gefährdung der eingesetzten Beamten kann damit nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden. Von daher kann ich der Formulierung „Die Veröffentlichung eines Fotos schadet in der Regel niemandem“ auch nur eingeschränkt folgen.

Eine kleine Taschenkarte, wie sie es für andere Bereiche gibt, wäre eine – in meinen Augen – sinnvolle Ergänzung.

Bernd Hellmann, Frankfurt am Main

Mehr Themen für Tarifbeschäftigte

Nicht nur ich, sondern auch viele weitere Tarifbeschäftigte würden es begrüßen, wenn nicht nur polizeiliche Themen oder Themen aus dem Beamtenbereich aufgegriffen werden würden, sondern auch weitere Themen, wie die Tarifpolitik; der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst; die neue Entgeltordnung; die Ausbildung in der Verwaltung, im polizeiärztlichen Dienst sowie im handwerklichen Bereich in den bundespolizeieigenen regionalen Bereichswerkstätten; die Gleitzeit; die Personalsituation im Bereich der Tarifbeschäftigten usw. Dies ist nur ein Teil der Themen, die selten oder überhaupt nicht angesprochen werden.

Es ist verständlich, dass diese Mitarbeiter-Zeitschrift nicht alle Themen gleichzeitig behandeln kann, aber vielleicht sollte hier eine andere Auswahl getroffen werden, um auch das Interesse der Tarifbeschäftigten zu wecken und diese als Leser zu gewinnen. Viele lesen die kompakt nicht mit der Bemerkung: „Es steht ja doch nichts drin, was uns betrifft!“ Es wäre schön, wenn sich dies künftig ändern würde, da auch die Tarifbeschäftigten Mitarbeiter der Bundespolizei sind und genauso gebraucht werden, wie es umgekehrt der Fall ist.

Irene Ebersoldt, Bad Bergzabern

Zum Thema „Küstenwache“

Vor Kurzem bekam ich Eure sehr informative Zeitschrift in die Hand. Bei dem Artikel „Die Bundespolizei im Maritimen Sicherheitszentrum“ fiel mir dieser Satz auf: „Auch wenn die oftmals diskutierte nationale Küstenwache in Deutschland noch nicht eingerichtet wurde […].“ In der ZDF-Serie „Küstenwache“ sieht man diese Boote, auch waren IPA-Freunde schon zu Besuch in Warnemünde bei diesen Kollegen. Wie ist der Satz in dem Artikel zu interpretieren?

Hans-Ullrich Donner,
Ebbs (Österreich)

Aus der Antwort des Autors:

Wie Sie treffend festgestellt haben, sieht man in der ZDF-Serie „Küstenwache“ Einsatzschiffe der Bundespolizei mit dem Schriftzug „Küstenwache“, der schwarz-rot-goldenen Kennzeichnung am Schiffsrumpf sowie dem Wappen der Küstenwache. Neben den Schiffen der Bundespolizei tragen auch die Schiffe der Bundeszollverwaltung, der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung sowie des Fischereischutzes der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung diese optischen Erkennungsmerkmale.

Sie alle gehören seit Juli 1994 dem „Koordinierungsverbund der Vollzugskräfte des Bundes auf See – Küstenwache“ an. Jede einzelne dieser Behörden behält jedoch ihre Zuständigkeiten und Aufgaben, gegenseitige Weisungsbefugnisse bestehen nicht. Dieser Verbund kann sich somit nicht als eine gemeinsame nationale Küstenwache unter einheitlicher Führung, wie zum Beispiel die U.S. Coast Guard, verstehen. Auch die Wasserschutzpolizeien der fünf Küstenländer sind für hoheitliche Polizeiaufgaben auf See zuständig.

In Deutschland wird insbesondere seit der „Pallas“-Havarie im Jahre 1998 über die Einrichtung einer einheitlichen nationalen Küstenwache diskutiert. Eine nationale Küstenwache soll eine Behörde sein, deren Zuständigkeit möglichst sämtliche maritime Aufgabenfelder des deutschen Staates abdeckt. Diese beinhalten neben der Schiffssicherheit, der Verkehrssicherung und -lenkung sowie des Notfallmanagements (Schadstoffbekämpfung, Brandbekämpfung, Verletztenversorgung) und der Suche und Rettung auch die Aufgaben der Grenzpolizei, des Zolls und der Fischereiaufsicht – bis hin zu allgemeinen Polizeiaufgaben zur Gefahrenabwehr und Kriminalitätsbekämpfung.

Zur Verbesserung der Zusammenarbeit aller beteiligten Behörden mit Küstenwachaufgaben wurden in Deutschland bereits einige Maßnahmen ergriffen. So auch in dem 2007 geschaffenen Maritimen Sicherheitszentrum – einem Netzwerk für Maritime Sicherheit auf See. Auf dem Weg zu einer Weiterentwicklung der Zusammenarbeit haben wir zudem im April 2013 die Bundesleitstelle See im Maritimen Sicherheitszentrum eingerichtet.

Ob am Ende des Weges eine Nationale Deutsche Küstenwache steht, muss letztendlich die Zukunft zeigen.

Torsten Tamm

Wie die BP 25 „Bayreuth“ tragen alle Einsatzschiffe sowie Kontroll- und Streifenboote der Bundespolizei die optischen Erkennungsmerkmale der Küstenwache.

Foto: Bundespolizei

Foto: Marcus Hintermann

Schlafsäcke für Bedürftige und Wohnungslose

In den kommenden Monaten werden die Temperaturen wieder empfindlich sinken. Besonders betroffen von der Kälte sind Bedürftige und Wohnungslose. Die Bundespolizei hat daher 68 Einsatzschlafsäcke an eine Berliner Wohnungslosentagesstätte gespendet.

Bundesweit leben nach neuesten Schätzungen etwa 24 000 Menschen auf der Straße, allein in Berlin sind es rund 4 000. Zwei von ihnen sind Tim (42) und Jens (55). Beide besuchen beinahe täglich eine Tagesstätte im Bezirk Schöneberg. Hier erhalten wohnungslose und von Armut betroffene Menschen Unterstützung wie Kleidung, eine warme Mahlzeit und Getränke oder auch die Möglichkeit zu duschen. Doch die Tagesstätte will noch mehr sein: Sie will für diese Menschen ein Ort sein, wo sie sich treffen und miteinander austauschen können. Weil viele Besucher suchtkrank sind oder in einer Lebenskrise stecken, wird auch medizinische Behandlung vermittelt und es finden Beratungen für Behördengänge statt.

Doch Jens und Tim wollen nicht nur die Hilfe in Anspruch nehmen, sie wollen auch selbst etwas tun. Deshalb engagieren sie sich ehrenamtlich in der Tagesstätte. So helfen sie in der Küche und bei der Essenausgabe, unterstützen bei kleinen Reparaturen oder bei Einkäufen für die Einrichtung.

Ende Oktober begleiteten sie den Leiter der Tagesstätte, Ralf Schönberner, ins Bundespolizeipräsidium nach Potsdam, um die ersten 18 der insgesamt 68 Schlafsäcke entgegenzunehmen. Die ausgesonderten Einsatzschlafsäcke sollen nun schnellstmöglich an Bedürftige verteilt werden.

Denn der Bedarf ist hoch. So berichtet Jens, dass die Notunterkünfte im Winter häufig überfüllt seien. In den letzten Jahren sei es besonders schlimm geworden, da viele Saisonarbeiter aus Osteuropa im Winter auf der Straße leben und dann auch einen Schlafplatz suchen. „Dort gibt es dann häufig Stress“, ergänzt er. Deshalb meiden viele die Notunterkünfte und schlagen sich auf

Jens (Mitte) und Tim (rechts) helfen beim Ausladen der gespendeten Schlafsäcke. Sie sollen schnellstmöglich an Bedürftige verteilt werden.

der Straße durch. Umso schlimmer, wenn dann das Nötigste auch noch gestohlen wurde … So berichtet Jens weiter, dass es schon passiere, dass jemand am Abend zu seiner Schlafstelle kommt und „das Bündel ist weg oder der Schlafsack wurde geklaut."

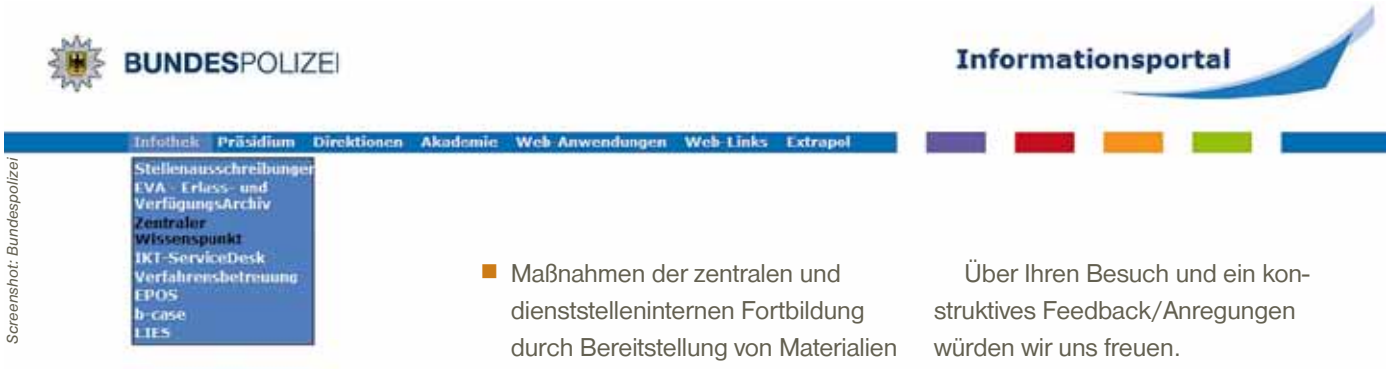
Aber auch Menschen, die zwar ein Dach über dem Kopf haben, aber arm sind, trifft die kalte Jahreszeit hart. TIm erzählt: „Mancher kann die Heizkosten nicht mehr zahlen. Dann sitzt man im Winter mit dem Schlafsack auf dem Sofa, wenn die Wohnung kalt ist."

Im Bundespolizeipräsidium wird nun geprüft, ob auch Bekleidung an Bedürftige gespendet werden kann. Denn vor allem durch die Umstellung der Uniformen auf blaue Farbgebung werden alte Lagerbestände nach und nach ausgesondert.

Marcus Bindermann

Aus- und Fortbildung: „Zentraler Wissenspunkt" der Bundespolizei gestartet

In der Bundespolizei ist viel Expertenwissen vorhanden und teilweise schon im Intranet abrufbar. Bisher war das Auffinden von Informationen allerdings bisweilen etwas schwierig und umständlich, wenn man nach einem bestimmten Thema suchte. Um dieses Problem zu lösen, wurde ein „Zentraler Wissenspunkt" auf der Intranetseite der Bundespolizeiakademie neu eingerichtet.



Screenshot: Bundespolizei

Der „Zentrale Wissenspunkt" soll insbesondere

- in der gesamten Bundespolizei vorhandenes Expertenwissen nutzbringend für die Organisation bündeln,
- Lehr- und Lernmaterialien für die Einsatzorganisation einfacher zugänglich und damit nutzbar machen,
- Maßnahmen der zentralen und dienststelleninternen Fortbildung durch Bereitstellung von Materialien im Wege der Vor- und Nachbereitung entlasten und
- die künftig stärkere eigeninitiative Fortbildung der Angehörigen der Bundespolizei unterstützen.

Der „Zentrale Wissenspunkt" wird ständig weiterentwickelt und ausgebaut. Zuständig dafür ist ein Redaktionsteam der Bundespolizeiakademie.

Über Ihren Besuch und ein konstruktives Feedback/Anregungen würden wir uns freuen.

Zugang zum „Zentralen Wissenspunkt" erhalten Sie im Intranet über die Schnellzugriffsleiste oder den Link in der Quernavigation der Startseite.

Schauen Sie doch mal vorbei …

Stefan Meyer

Bundespolizei-Stiftung

Spenden für Helfer in Not:

Bundespolizei-Stiftung

Sparda-Bank West eG
Konto-Nr.: 683 680
BLZ: 370 605 90

Die Spenden werden ausschließlich und unmittelbar zu mildtätigen Zwecken verwendet. Die Geldzuwendungen können zweckgebunden erfolgen. Die Bundespolizei-Stiftung ist befugt, Spendenquittungen auszustellen.

Mehr erfahren Sie unter:
www.bundespolizei.de

BUNDESPOLIZEI